

HÄUSER
KAMPF



1981/82
1987

Häuserkampf 1987 - oder Wann gehts endlich los?

Wie viele andere Gruppen auch, sind wir seit einiger Zeit am Überlegen, wie wir das Thema Häuserkampf breiter als bisher wieder verankern können.

Die Aufhebung der Mietpreisbindung ist beschlossen, und wer zur Zeit ne Wohnung sucht, weiß, wie viele jetzt schon leerstehen, damit die Eigentümer mit Jahresbeginn ne kräftige Mieterhöhung draufhauen können. Mensch braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, auf welches Ausmaß sich die Situation in einigen Monaten verschärfen wird. 60 monatliche Zwangsräumungen allein in Kreuzberg sprechen eine deutliche Sprache.

Der Weiße Kreis ist Thema, 500.000 Unterschriften sind kein Klcks. Aber genau die Unterschriftenkampagne hat die Grenzen einer Politik aufgezeigt, die an Senat, bzw. Bundestag Apelle richtet, die sich von den Herrschenden den Erhalt einer ohnehin schon beschissenen Wohnungssituation erhofft.

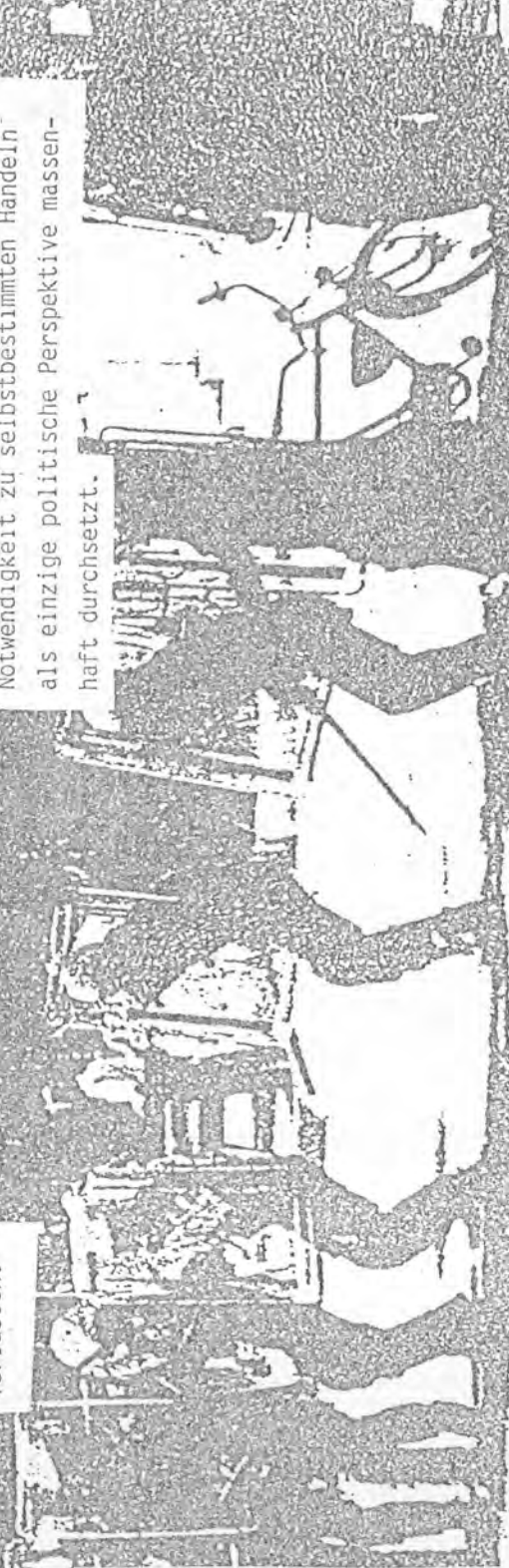
Bei vielen Leuten schlägt die Wut über diesen massiven Angriff auf die Existenz in Ohnmacht um. Das ist so erstmal auch nicht unverständlich. Wer sich mit anschauen muß, wie die SPD erst das Maul groß aufreißt, um dann schließlich aus 'Loyalitätsgründen' dem Weißen Kreis zuzustimmen, den kann schon die Hoffnung verlassen.

Aber welche Hoffnung?

Doch nur die, daß andere, Politiker, Interessensverbände für das eintreten, wo für mensch sich selber zu schwach, zu vereinzelt, zu ohnmächtig fühlt.

Gerade dieses Beispiel könnte aber auch ne ganz andere Hoffnung aufzeigen, darauf nämlich, daß die Leute endlich die Schnauze voll davon haben, ständig von irgendwelchen machtheilen, korrupten Bonzen sich ihre Sache aus der Hand nehmen zu lassen, die

Hoffnung darauf, daß sich das Angekottzsein, daß andere über eine/n bestimmen und die Notwendigkeit zu selbstbestimmten Handeln als einzige politische Perspektive massenhaft durchsetzt.



Für uns kann es demnach auch nicht - wie etwa den MieterInneninitiativen - darum gehen, die Folgen des Weißen Kreises abzuschwächen, und sich so mit seiner Lage abzufinden, für uns ist vielmehr klar, daß wir alles dafür tun werden, ne Situation zu schaffen, ne Öffentlichkeit herzustellen.

Compensum im Kampf um Befreiung der revolutionären Front organisieren

len, in der das Besetzen von Wohnungen und Häusern, der Boykott von Mietzahlungen für alle zur Perspektive wird.

**Revolutionäre gefangen
Freilassung
von Günter**

Uns ist klar, mit welchen Schwierigkeiten dies alles verbunden ist. (Isoliertheit der einzelnen Besetzungsaktionen, sofortige Räumung etc.) Häuserkampf reduziert sich für

uns aber nicht auf Häuser besetzen, sondern bedeutet in erster Linie die Verankerung und bedeutet in erster Linie die Verankerung von selbstbestimmtem Handeln/ Widerstand als Perspektive unter vielen, bedeutet, über die Szene hinaus politisch so in die Offensive zu kommen, daß die Herrschenden irgendwann mal an dem Punkt ankommen, wo ne Räumung nur noch um den Preis eines massenhaften Widerstandes bei vielen 'NormalbürgerInnen' zu erkaufen ist.

Häuserkampf politisch so zu bestimmen, heißt aber auch, daß wir uns auf die Kämpfe, die nicht von uns ausgehen, beziehen, daß wir sie ernst nehmen, begreifen als Teil des gesamten Widerstands, der sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung in West-Berlin und der BRD wendet.

Im Zusammenkommen von vielen, von Autonomen, AusländerInnen, Alten, Jugendlichen, ArbeiterInnen u.s.w. liegt ne Sprengkraft, das wissen wir seit dem 1. Mai! Und diejenigen, die dort ihre ganze Wut mal ausgekotzt und nicht in sich hineingefressen haben, werden von dem befreienden Gefühl in dieser Nacht sicherlich nicht genug haben. Schließlich ist das Besetzen von Häusern ja noch 'n Stück attraktiver als das Abziehen von Bolle-Fraß, oder?

zum Häuserkampf 81/82

Viele werden jetzt denken, ne Neuauflage von 81/82 kanns nicht geben. Stimmt!

Schließlich waren die Ausgangsbedingungen da-

mals ganz andere als sie es heute sind. Den ersten Wohnungs- und Hausbesetzungen 1980 ging ne lange und kontinuierliche Arbeit der MieterInnenis und der BI. S036 voraus. Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, wie der 12.12.80 dann ne Besetzungslawine auslösen konnte, die auch die Herrschenden erstmal überrollte. Die "Berliner Linie" machte zumindest bis zum Frühjahr 81 Besetzungen ziemlich einfach, aber grade auch hierin liegt bereits der Ansatz für die Defensive Ende 81 und dann 82. Weil so viele Häuser besetzt waren, weil auch schon viel an ihnen gearbeitet wurde, war für nen Teil der Bewegung der Erhalt der Häuser das Bestimmende.

aus den Fehlern lernen ...

Der kapitalistische Hintergrund der Wohnungspolitik war vielen klar; nicht aber die Bedeutung des Häuserkampfes für den Widerstand gegen eben jenes kapitalistische System. So konnte der Kampf um die Häuser 82 dann leicht zum "Einlagen von Freiräumen" absacken.

Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen! Damit das nicht beim Lippenbekenntnis bleibt, hat wer hier zwei Texte kopiert, in der Hoffnung, daß sich aus der Auseinandersetzung mit der Bewegung damals die Parole "Häuserkampf als Klassenkampf begreifen" genauer bestimmen läßt. Wir haben die Texte nicht gezielt ausgesucht, sie sind uns vielmehr beim Stöbern in die Hand gefallen, soweit zu unserm Verhältnis dazu.

venceremos

"Häuserkampf kann in dieser Realität aus Entfremdung, Ausbeutung, Kontrolle und Unterdrückung eine Bresche schlagen, wenn wir uns nicht wie 181 in die geschaffenen Freiräume zurückziehen und verkriechen, sondern wenn wir von hier aus versuchen, unsere Vorstellungen von einem anderen Leben politisch und praktisch zu vermitteln"

Bewohnerinnen und Bewohner der Hafenstrasse

eine von hoffentlich ganz vielen Gruppen, die sich vielleicht ja auch mal alle auf ner VV treffen

Berliner Häuserkampf aus Kreuzberger Sicht

Nach dreieinhalb Jahren "Häuserbewegung" hatten wir das Gefühl, daß für uns erstmal diese Art von Bewegung/Angriffspunkt vorbei ist. Erfahrungen sind geblieben, die Menschen und zum Teil die Strukturen untereinander ebenfalls. Zeit also, die Fülle von Erfahrungen, Lebensgefühl und Strategien aufzuarbeiten, um rauszufinden, was gut und was scheiße gelaufen ist. Vor allem mit der Scheiße ist es schwer umzugehen. Doch da es für uns klar ist, daß wir weiterkämpfen, daß wir mit unserer ganzen Lebensfreude das Ganze hier noch aus den Angeln heben werden, wollen wir die gemachten Fehler nicht unbedingt wiederholen. Das "wir" bedeutet, um mal ne Schablade zu gebrauchen, eine Gruppe von Nichtverhandlern aus K36, die entweder von Anfang an dabei waren oder halt erst so nach und nach eingestiegen sind, die Schablade "Autonome" könnt' auch noch hinkommen. Doch ihr wißt ja, was das alles so mit Schablade auf sich hat. Von daher ist dies auch keine Aufarbeitung der Häuserbewegung, sondern aus einer ganz bestimmten Sichtweise heraus, wie wir als sog. radikaler Teil uns verhalten haben, gemacht. Und nun viel Spaß!

Anfangsphase des Häuserkampfes in Berlin

Die erste Phase des Häuserkampfes in Berlin war von Mitte 79 — Ende 80. Den Hausbesetzungen gingen jahrelange Stadtteilarbeit von Mieterinitiativen voraus. Menschen aus unterschiedlichen Strukturen und mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen kamen hier zusammen.

Einmal die Leute aus der Mieterarbeit, für die die Instandbesetzung radikaleres Mittel zur Erhaltung der Kiezstruktur war und die darauf aus waren, Mietverträge bzw. Hauskäufe abzuschließen.

Ein anderer Teil der Bewegung entwickelte sich aus den Strukturen vom Antifa-Festival, dem 2.Juni-Kongreß und den Knastgruppen. Völlig neu entstand die Jugend 80.

Diese Gruppen schlossen sich dann Mitte 80 zum Besetzerrat zusammen, wo es aufgrund der verschiedenen Vorstellungen zu einigen Konflikten kam. Einmal Luckauer 3, die die Häuser als reine "Abschußrampe" sahen, um von dort aus weiter gegen die Schweinereien des Staates kämpfen zu können; direkte Konfrontation mit dem Staat und Sturz der Herrschaftsverhältnisse.

Eine andere Gruppe wollte erst mal die Freiräume ausbauen und Selbsthilfeprojekte aufbauen — sie wollten zwar Verträge für die Häuser, waren aber keine Reformisten: keine Ablehnung von Militanz — befreites K36.

Die dritte Hauptgruppe war in ihrer Strategie etwas reformisitsch angehaucht — sie wollten Projekte aufbauen, zeigen, wie schön mensch die Häuser machen kann und legten ihren Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit — wie Tage der offenen Tür usw. (Gemüseinselstrategie).

Letztendlich ergänzten sich die Gruppen in wichtigen Sachen.

Es gab jedoch keine bewußte politische Zusammenarbeit. Wegen der Anfeindungen kam es nicht zu einer offensichtlichen Spaltung, weil der gemeinsame Feind die Notwendigkeit nach Zusammenhalt bestimmte. Der Weg der Bewegung, verschiedene Widerstandsformen

nebeneinander zu akzeptieren, kam allein aus der Tatsache, daß es einfach keine Möglichkeit gab, sich auf eine Kampfform zu einigen. Es war wichtig, daß diese Gruppen zusammengearbeitet hatten, eine Vielfalt von Aktionsformen, die sich nicht gegenseitig distanzieren, wurde möglich und sprach viele neue Leute an. Nur mit den Gemüseinselprojekten wäre die Besetzerbewegung nicht allzuweit gekommen, aber auch nicht mit Militanz gegen den Staat allein. Dies sehen wir aber auch erst jetzt so — mit einigem Abstand. Zu der Zeit gab es kaum eine Möglichkeit der Annäherung.

Um die Arbeit der Besetzer nach außen zu tragen und klar zu machen, daß es nicht nur um die eigenen Häuser geht, wurde ein Forderungskatalog aufgestellt, der Veränderungen in der Sanierungspolitik und eine Festsetzung des Mietpreis forderte, es gab darüber monatelange Auseinandersetzungen, der Forderungskatalog wurde nach dem 12.12. völlig irrelevant.

Aufschwung gab auch die neue Jugendbewegung in Zürich, die Kraaker in Holland, die Bremer Rekrutenvereidigung und die A-Hausbesetzung, obwohl es darüber ne Menge Streitereien gab.

Die erste große Aktion des Besetzerrates war die Aktionswoche im Oktober 80, wo viele Leute bei den Veranstaltungen zusammenkamen. Die Demo danach war Ausdruck der Stärkung der Bewegung — die ersten Barrikaden, es wurde von der Demo aus angegriffen. Das war aber erstmal Ergebnis des andauernden Bullenterrors, die ständigen Provokationen, wie z.B. Fenster besetzter Häuser nachts mit Scheinwerfer ableuchten, Leute mit ner Wanne zum Einkaufen begleiten. Andererseits war die Bullentaktik darauf ausgerichtet, erstmal nicht in K36 zu räumen, weil es viel Sympathie der Bevölkerung für die Besetzer gab und auch um den Besetzern eine "Spielwie-

se" zu lassen. Immer mehr Häuser wurden besetzt, der Staat mußte reagieren. Die Wut und Unzufriedenheit in der Bewegung wurden immer größer, die Einschüchterungsversuche haben genau das Gegenteil bewirkt — am 12.12. 80 ist der angestaute Haß explodiert. Viele andere Leute in der Stadt solidarisierten sich mit den Hausbesetzern, die Bewegung wurde groß.

Vor dem 12.12 waren 25 Häuser besetzt, 1981 waren es dann über 160!

Die Revolte

Die zweite Phase war vom 12.12. bis zum 22.9.81.

Es war die Wut und Euphorie miteinander, die die Kraft zum Kämpfen gegeben hatte. Viele besetzten jetzt ein Haus nach dem anderen und es war dann auch relativ einfach und risikolos, so daß sich die neuen Besetzer kaum Gedanken über die Konsequenzen machen mußten (Repression, Knast).

Die Revolte kam fast nur aus einem diffusen Gefühl.

Neu war für die meisten ein Zusammenleben und Kämpfen mit vielen unterschiedlichen Leuten. Kleine WG-Fruste, wie über den Abwasch usw., waren nicht mehr so wichtig. Trotz der vielen Unterschiede war es gut, mit so vielen zusammenzuleben. Nur wenige Menschen wollten mit ihren Aktionen bewußt eine revolutionäre Veränderung erreichen: es fanden wenig Auseinandersetzungen über das, was wir wollten, statt. Das einzige was klar war: Häuser besetzen — zusammenleben — laßt die Leute frei. Was fehlte war die Diskussion über Enteignung der Häuser als Kampfmittel gegen den Staat.

— ist das Spekulantentum alleine zu lösen oder liegt das an der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt? — wollen wir eine neue Gesellschaft erkämpfen und wie kann die aussehen?

Da es offensichtlich war, daß wir als Bewegung nicht darüber einig werden, wurden diese Fragen oft abgeblockt, weil es eben bequemer war. Die Argumente zum Nichtverhandeln waren dabei meist moralisch oder gar taktisch: "keine Verhandlung solange die Leute noch im Knast sind! oder: kein Dialog mit Macht."

Nichtverhandeln war mehr ein Gefühl, daß mit dem Staat eh nicht vernünftiges anzufangen ist, daß mensch nur übers Ohr gehauen wird, wenn mensch sich auf Gespräche mit den Regierenden einläßt — die einzige Sprache, die sie verstehen, ist die Konfrontation. W. Nichtverhandler stellten uns vor, daß wir gegen jede Hausräumung Widerstand leisten und unsere Hauptanstrengung nur im Kampf gegen die Staatsmacht statt in Verhandlungen liegen muß — bei 16 Häusern würde der Staat einige Schwierigkeit haben, alles zu räumen ohne ein Bürgerkrieg zu riskieren. Unser Fehler dabei war, daß wir allein strategisch, militärisch gedacht haben, ohne ein Verständnis von Bewußtseinsprozessen und Entwicklungen der Menschen im Widerstand und von uns selbst zu haben, bzw. mehr Wert auf den Kampf gegen das Schweinesystem gelegt hatten als auf ein anderes "menschlicheres" Zusammenleben, das sich in aller Ruhe bilden sollte..

Die mangelnde Auseinandersetzung bei vielen mit der Repression zeigte sich schon bei den meisten Gefangenen vom 12.12.. Viele sind eingeschüchtert worden, haben im Knast nicht den Widerstand fortgeführt, den sie draußen begonnen hatten.

In der Revolte haben sich viele alte Strukturen der Berliner Autonomen Szene aufgelöst, die neuen waren noch unverbindlich und locker. Es fand unter den radikalen Teilen der Bewegung wenig Auseinandersetzung und Zusammenarbeit statt, um weitem zu kämpfen und damit eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen. Die chaotischen Autonomenplänen in dieser Zeit waren nur zeitweise Ansatz.

jiese Auseinandersetzung wären notwendig gewesen, um der Aufstandsbekämpfungstrategie gegen die Bewegung mehr entgegenzusetzen zu können, um einer Auseinandersetzung über unsere Träume, Ziele und unseren nächsten Schritte besser führen zu können und einen selbstbestimmten Widerstand oder besser noch Angriff führen zu können. Wir versuchten immer wieder andere Themen in die Besetzerbewegung reinzutragen, weil wir davon ausgegangen sind, daß sich nur mit Häuserkampf alleine nichts ändert. Aus der Angst, daß sich alles nur um die Häuser dreht, haben wir Widerstand gegen Spekulantentum und Sanierungsmafia nicht als eine gleichberechtigte wichtige Kampfform begriffen. Der Konflikt um die Häuser war für uns vorrangig ein militärischer, weil's eh schon allen klar gewesen sei, daß Spekulanten und Anhang Schweine seien.

Ein Zusammenschluß der radikalen Besetzer und anderen Autonomen und Antimperialistischen Gruppen konnte zu der Zeit gar nicht stattfinden, weil kaum eine/r die Notwendigkeit oder das Bedürfnis danach hatte.

Bei der Hungerstreikaktion der Gefangenen fanden sich viele Autonome wieder zusammen und fanden es notwendig, dieses Thema mit allen Besetzern zu bereden und die Hungerstreikenden zu unterstützen. Diese Auseinandersetzung lief nur sehr schleppend und oberflächlich, intensivere Gespräche von Guerilla draußen und im Trakt und unser Verhältnis gegen den Knast fanden nur im kleinen Rahmen statt.

Gegen die Großoffensive des Staates, die Fraenkeluferräumung, die Besetzung Kreuzbergs und Verhaftung des Besetzerates am 7. April und die Herrenhuterwegräumung konnten wir nur am Anfang als Bewegung etwas entgegensetzen.

Nur bei 2 Ereignissen, bei denen wir nicht auf Bulleneinsätze reagieren mußten, hatten wir eine Stärke gezeigt — der "Schwarze Freitag", ein Aktionstag, der mit anderen Teibereichsbewegungen in Westdeutschland koordiniert war, drückte ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der Kämpfe aus. Die spontane Scherben-demo zum Mord an Sigurd Debus, die entweder die Bullen total überrascht hatte oder durch Grabenkämpfe innerhalb der Polizeiführung ermöglicht wurde.

In diese Zeit fiel dann auch die Senatswahl und die Verhandlungsdiskussionen, die mehr von Angst, das Erreichte wieder zu verlieren, geprägt waren, als von einer politischen Strategie und Überlegung. Die Verhandler sahen ihre einzige Chance noch solange die SPD an der Regierung ist. Es kam ansatzweise zur offenen Spaltung, da ein Teil der Besetzer mit ein Blockorganisationsmodell aus dem großen Besetzerat auszog: es sollten in den Häuserblocks Räte mit Mietern eingerichtet werden, über die besetzten Häuser übernimmt ein Trägerverein die Legalisierung und die Verantwortung — Käseglocke. Nun gab es mindestens drei verschiedene Positionen — die Verhandler, die die Blocklösung ohne alle Besetzer anstreben; die Verhandler, die eine Spaltung verhindern wollten und die Nichtverhandler, die nicht bereit waren, Verträge abzuschließen, schon gar nicht mit den Sozialdemokraten, die auf der einen Seite versuchen, den Widerstand in ihre Bahnen zu lenken, und auf der anderen Seite mit brutalster Gewalt gegen uns vorgehen (AKW, Häuserkampf, Hochsicherheitstrakte).

Es wurde zwischen den Verhandlern und Nichtverhandlern nicht offen und ehrlich diskutiert. Es fanden taktische und faule Kompromisse statt. Zum Beispiel beim Käseglockenmodell: erst wenn der Senat zusagt, daß er alle Häuser in Ruhe läßt, also keine Räumungen und Freilassung der Gefangenen, finden direkte Verhandlungsgespräche statt usw.

Der Aufschwung der Bewegung war dann eher wegen der Fehler und der Plumpheit der Gegenseite möglich — des neuen CDU-Senats, als durch unsere eigene Stärke. Die Bullen hatten wieder durchsucht, geräumt und soviel provoziert, daß das Maß voll war.

offensive Momente

Die Straßenschlacht nach der Adalbertstr.6-Durchsuchung und Goltzkrawall, bei dem zum ersten Mal ein Haus gehalten wurde, waren erster Ausdruck der Stärkung.

Die Rathaus Schöneberg-Demo, der Grunewaldspaziergang und die Anti-Haig-Demo waren offensive Aktionen, die von allen bedeutenden linken Gruppen (SPD und JUSOS sind keine Linken) zusammengetragen und mit verschiedenen Widerstandsformen durchgeführt wurden. Die Widerstandsformen ergänzten sich und das Ergebnis war für alle beteiligten Gruppen positiv. Es war eine offensive Gemeinsamkeit, die der Staatsmacht einiges entgegensetzen konnte, vermittelbar und nachvollziehbar für außenstehende war und so den Senat in die Defensive brachte.

Bei der Rathaus Schöneberg-Demo ging es um die Freilassung der Gefangenen und gegen Räumungen bzw. zur Unterstützung der Amnestiebatte der AL im Abgeordnetenhaus. Bei der Grunewald-demo ging es in das Wohngebiet und vor die Villen der fetten Spekulanten. Beide Demos waren nicht von uns initiiert, sondern von der AL und der BI SO36. Da das Sanierungsthema für uns nur ein Auf-

hänger war, begriffen wir erst sehr spät die Bedeutung und Richtigkeit der Grunewald-demo. An dieser Stelle waren die Geldgeber und Abschreiber, ein Lebensnerv von Berlin, direkt bedroht. Und sie haben dies auch intensiver wahrgenommen als wir — einige haben daraufhin auch tatsächlich ihre Villen verkauft und Berlin verlassen. Da hätten wir direkt nachsetzen müssen, um dem Rest die Abreise zu erleichtern.

Tuwat, Räumungen und die Folgen

Tuwat war großkotzig angekündigt und konnte die Erwartungen, die der Aufruf vermittelte, nicht erfüllen. Es fanden zwar einige fruchtbare Autonomie-Diskussionen statt, aber es war eine Überschätzung unserer Stärke und es war falsch, West-Berlin so in den Mittelpunkt zu stellen, als ob in West-Deutschland weniger wichtige Kämpfe zu der Zeit stattfanden. Tuwat war ein Flop und der Inhalt und die Form des Aufrufs gaben sehr viele Angriffspunkte und konnten leicht umgedreht werden. Doch es sollte auch ein Versuch sein, die Teilbereichsbewegungen zusammenzuführen, um aus den unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen zu lernen. Das hat dann auch so gut wie garnicht geklappt. Ein falscher Ansatz — aber das richtige Ziel.

Mit Tuwat kamen auch viele neue Leute nach Berlin, denen es häufig nur darum ging, abzufahren und den erkämpften Freiraum zu konsumieren. Es häuften sich Aktionen, die gegen die Bevölkerung gerichtet waren, Scheiben von kleinen und mittleren Läden und solche Autos gingen kaputt, Passanten wurden angepöbelt usw.

Dadurch, daß wir als Bewegung und als Menschen nicht genau wußten, was wir wie und womit erreichen wollten, konnten wir auch sehr schwer mit unseren liberalen Bündnispartnern und Paten umgehen. Es gab verschiedene Einschätzungen über den Staat und seine Reaktionsweisen. Ein Teil lehnte diese Bündnisse ab, aus Angst eingelullt zu werden, ein anderer Teil setzte seine Hoffnung im Haus zu bleiben auf eben diese Leute und ließ sich einlullen und von Anfang an auf moralische Gewaltfreiheit und Defensive festnageln. Bündnisse mit alternativen und liberalen Gruppen sind erstmal nicht falsch. Wenn wir einen eigenen Standpunkt und Stärke haben und die Auseinandersetzungen möglichst offen und ehrlich laufen, brauchen wir keine Angst zu haben, vereinnahmt zu werden.

Es ist nicht richtig den Alternativen das Scheitern der radikalen Häuserkampf-bewegung anzulasten. Das wurde durch unsere Schwächen unter uns und der Realität um uns rum umzugehen, erst so möglich. Es war eigentlich schon sehr schwer mit den unterschiedlichen Meinungen in der Hausbesetzerzene nach außen zu gehen, daß dies trotzdem gelang, war eine Stärke der Bewegung.

Verschiedene Einschätzungen aus der Bewegung waren: "Es ist eine Niederlage, wenn ein Haus geräumt wird, der Widerstand danach ist nur unsere Verzweiflung und Wut." — Wir haben gesagt: "Wir können nicht direkt militärisch verhindern, daß ein Haus geräumt wird, die Hausräumung ist dann eine Niederlage, wenn kein Widerstand mehr geleistet wird." Wenn der Senat aus Angst vor unserer Eskalation sich politisch nicht mehr erlauben kann zu räumen, dann ist ein Erfolg für die Bewegung und auch wenn der Widerstand gestärkt aus der Konfrontation hervorgeht."

Der 22.9. wurde von den meisten als reine Niederlage begriffen. Es war aber nur zu einem Teil eine Niederlage:

1. Klaus-Jürgen Rattay ist ermordet worden. Wer gegen diesen Staat kämpft, muß damit rechnen, daß dieser Staat über Leichen geht. Wir wollen uns nicht davon abschrecken lassen.
2. Es sind zwar 8 Häuser geräumt worden, doch noch nie lief so ein massiver Widerstand — die Trümmerdemo auf der Potse und die über 50 Anschläge in einer Nacht waren eine Stärke.
3. Danach haben sich Kiezverteidigungsgruppen gebildet, um gegen weitere Räumungen besser geschützt zu sein. Dadurch wäre eine größere Effektivität unsers Widerstands möglich gewesen.
4. Durch die drohende Eskalation des Konfliktes und die desolante Situation des Senats ist eine "Ruhezeit" ohne Räumungen von einem halben Jahr erreicht worden.

"Pausenpsychos" und Widerstand

Doch der 22.9. war ein Wendepunkt, weil für Viele klar wurde, daß der Senat über Leichen geht und ein schnelles Ende der Kämpfe nicht in Sicht ist. Die Ängste wurden vereinzelt verarbeitet. Das Abwägen, wo sich das Risiko denn lohnt, fand immer öfter statt: "Für ne Durchsuchung dranzukommen, lohnt sich nicht." — Gibt es bei der Durchsuchung keinen Widerstand versuchen es die Bullen mit der Räumung. Regt sich da erst zaghaft Widerstand, kommt die nächste Räumung. Diese Unsicherheiten gaben dem Apparat die Möglichkeit, die "Teile und Herrsche"-Taktik zu verwirklichen.

In dieser Ruhezeit ließ sich unser gemeinsamer Feind nicht mehr so oft blicken und schweißte uns nicht mehr so zusammen, die Beziehungen untereinander waren noch relativ neu und frisch und es gab oft kein gemeinsames Ziel über die Häuser hinweg. Dadurch, daß es in den Häusern doch nicht mehr so toll war, stellte sich für Viele auch das Risiko, was sie eingingen, in Frage. Die vor kurzem noch starke Bewegung ging in Frusts und Drogen langsam unter.

die Ansprüche, die aus der Euphorie des Kampfes entstanden waren, wie in Großgruppen zusammenleben, fast alles gemeinsam machen, fielen in sich zusammen. Die Oberflächlichkeit des Sommers der Bewegung, rächte sich jetzt. Da die Konflikte die ganze Zeit vorher aufgeschoben worden waren, weil der Kampf nach außen hin wichtiger war, fiel jetzt alles zeitlich aufeinander. Die inneren Widersprüche der Häuser wurden jetzt mit einem Mal deutlich. Wieder war es unser Mangel an Erfahrung, wie sich unsere Beziehung im Widerstand miteinander entwickeln lassen, die eine positive Weiterentwicklung schwer möglich gemacht hat. Ansprüche aneinander können nicht über Nacht entstehen und sich verwirklichen, es ist ein längerfristiger Prozeß, in dem wir zusammenwachsen — in einem Jahr können sich nicht die Strukturen total ändern, die unser ganzes bisheriges Leben bestimmt haben.

Ein guter Ansatz war die Auseinandersetzung in den Blockzusammenschlüssen der Häuser. Mehrere besetzte Häuser und wenn es auch ging Mieter, schloßen sich enger zusammen, versuchten, sich gemeinsam zu wehren und bauten gleichzeitig etwas sichtbar positives auf. Also gemeinsam gegen den Senat, Bullen und Spekulanten vorgehen, aber auch die eigene Lebensumgebung für alle Bewohner zu verschönern. (z.B. in Blockgärten)

Diese Diskussionen sind aber nur ansatzweise und von Wenigen geführt worden. Sonst gab es zwei Ebenen — die teilweise unpolitischen Alternativbesetzer und die Besetzer, die ihre Häuser rein militärisch, strategisch begriffen.

In dieser Zeit entstand das Autonomienplenum Kreuzberg, das ein Ansatz war von Leuten, die sich beim Häuserkampf kennengelernt hatte, und ähnliche Vorstellungen vom Kampf hatten. Um zusammenzuarbeiten, wurden verschiedene Gruppen gebildet: Anti-AKW, Häuserkampf, Anti-Kriegsbewegung und Anti-Repression. Wir gingen davon aus, daß wir nicht nur gegen Stadtzerstörung allein kämpfen wollen, sondern zusammen und koordiniert mit anderen Teilbereichsbewegungen der staatlichen Vernichtungspolitik etwas entgegensetzen können. Die Probleme der Besetzer in anderen Häusern taten wir etwas vorschnell als Psycho ab, da wir nicht begriffen, was dahintersteckte, haben wir uns auch nicht solidarisch genug damit auseinandergesetzt. Wir haben unterschiedliche Entwicklungsprozesse durchgemacht und hatten nicht die gleichen Voraussetzungen. Während sich einige schon jahrelang mit einem Thema auseinandergesetzt hatten, war es für die anderen relativ neu, und es war schwer, dies auszugleichen und aktionsfähig zu werden. Aufgrund innerer Widersprüche und dadurch, daß wir uns nur oberflächlich kannten, war es nicht möglich effektiv zusammenzuarbeiten, aber es war trotzdem ein Schritt zur "Frühjahrsoffensive".

Frühjahrsoffensive 82

Sie war mehr eine Kampagne, die aus dem Boden gestampft wurde, und von besseren Zeiten träumte. Die Überlegung war: Wie können wir erreichen, daß eine Auseinandersetzung mit Vielen wieder möglich wird und wie können wir den zu erwartenden Räumungen unseren gemeinsamen Widerstand entgegensetzen? Wir hatten die Gefahr der Zersplitterung und Vereinzelung gesehen und wollten sie so aufhalten. Der Versuch mit Gewerkschaftern und Paten zusammenzukommen, war auf die nächste Räumung ausgerichtet. Ähnlich war auch das Zusammenkommen mit anderen Teilen der Bewegung. Die "Aktionswoche" war von einigen Wenigen vorbereitet, gab aber allen die Möglichkeit, ihre Inhalte und Vorstellungen einzubringen. Dies wurde kaum genutzt, da es kaum selbständig arbeitende, kontinuierliche Gruppen gab und viele auf ihren Nachbarn schauten, ob dem nicht vielleicht was Schlaues einfällt.

Vor der "Frühjahrspulzdemo" gab es die Information, daß die Bullen die Demo dazu benutzen wollen, in Hinblick auf den Reaganbesuch uns einzuschüchtern, und die Demo zerschlagen wollten. Wir wollten die Demo trotzdem machen und hatten kein Interesse an diffusen Krawall. Denn wir wollten mit vielen Menschen zusammenkommen und auf die Straße gehen und diese Demo sollte ein Gefühl von Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit von uns gegen den Staat ausdrücken. Nach den Erfahrungen der El Salvador-Demo im Januar, wo durch einige unbedachte Steinwürfe aus den hinteren Reihen auf die Bullen der Anlaß von der Einsatzleitung gesehen wurde, gleich die ganze Versammlung auseinander zu jagen — und zwar überwiegend die nicht militanten Demonstranten, während die Militanten abgedrängt in Ruhe gelassen wurden — wollten wir die Demo besser organisieren.

Wir legten vor allem viel Wert auf feste Ketten, um den Bullen Übergriffe schwer zu machen. Unsere Erfahrung zeigt, daß es bei Übergriffen der Bullen auf Demos mit festen Ketten, die auch stehen bleiben, es erheblich weniger Verletzte und Verhaftete gibt, als wenn alle Leute panisch weglaufen. Der Lautsprecherwagen hatte eine wichtige Funktion — hier liefen alle Informationen zusammen und wurden weitergegeben. Die Beschlüsse, ob die Demo weitergeht oder nicht, wurden mit möglichst Vielen gefaßt, das Infosystem, das auch über die Strategie der Bullen Aufschluß brachte, funktionierte hervor-

gend. So wurde bei dieser Demo durch die Drohung, daß wir die Demo auflösen, erreicht, daß sich die schon aufgestellten Prügel- und Greiftrupps an den Straßenkreuzungen wieder in die Wannen zurückziehen mußten. Dann erst ging die Demo weiter. Durch die organisierten festen Ketten ist eine Sicherheit vermittelt worden. Die "radikal" kritisierte diese Demo als Kaderpolitik ohne einen brauchbaren Gegenvorschlag einzubringen, wie wir uns mit Vielen gegen die Bullen wehren konnten.

Durch diese Mobilisierung mit Frühjahrspulz- und Räumungsdemo zur Kopischstr. sind weitere, großangelegte Räumungen verhindert worden, aus Angst des Senats und seiner Vorgesetzten vor Störungen der Truppenparade und des Reaganbesuchs. Auf der Räumungsdemo war die tiefgreifende Unsicherheit vieler Menschen zu spüren, die Folge des letzten halben Jahres waren.

der Reaganbesuch

Die "Aktionswoche" war auch ein Ansatz zur Vorbereitung des 11.6. Dazu ist viel Diskussion unter nicht allzuviel Leuten gelaufen, über die Ziele der Aktion gegen den NATO-Gipfel und des Besuchs von Reagan, Haig, Genscher und Schmidt. Die Ziele waren:

- das Propagandaspektakel zu stören und somit die "Botschaft des Friedens" als Kriegstreiberei deutlich zu machen.
- mit möglichst vielen Menschen (auch mit Friedensbewegung) eine Auseinandersetzung zu führen, wie der laufende Krieg des Imperialismus gestoppt werden kann — Anti-NATO-Woche (wenn wir Frieden wollen, müssen wir den Befreiungskampf organisieren).
- nicht eine reine Randal-Demo zu machen, sondern möglichst mit allen am 11.6. direkt gegen die Show und gegen Kriegsforschungsprojekte in der Stadt zu demonstrieren.
- ein zu erwartendes Demonstrationsverbot nicht zu beachten.

Das erste und vierte Ziel haben wir auch voll erreicht. Die Besucher im Schloß waren bezahlte, angekarrte Jubelberliner, US-amerikanische BZ-Fähnchen waren fast nirgendwo in der Stadt zu sehen. Die Inhalte der Anti-NATO-Woche blieben auf der Strecke. Die praktischen Vorbereitungen haben die Kraft der Aktiven nahezu aufgesogen. Die reformistischen Teile der Friedensbewegung haben mit dafür gesorgt, daß es keine gemeinsame Demo am 11.6. gab. Dies machte die Einkreisungstaktik und den Staatsterrorismus möglich. Die Repressionen im Vorfeld und die reine Androhung der Repression bewirkten bei Vielen eine Verunsicherung. Bei der ersten VV waren noch überall "hau-drauf-Sprüche" zu hören, bei der letzten VV sollte die Demo fast abgeblasen werden.

Die mangelnde Auseinandersetzung über die möglichen Konsequenzen unseres Angriffs ließ die erreichte gemeinsame Stärke beim Geschlag des Apparats auseinanderfallen. Die AL wurde in innere Widersprüche verwickelt und mit den Hetziraden nach Verbot und dem Terroranschlag auf ihr Büro erstmal kalt gestellt. Einige der besetzten Häuser sahen sich mit § 129 bedroht, die Kriminelle Fluchburgkampagne zeigten ihre Wirkung. Das Aufblasen einer "Autonomen Gruppe K36" zum Drahtzieher, die Gleichsetzung mit der Gefährlichkeit der RAF sollte auch nur einschüchtern.

Die Demo am 11.6. war richtig und gut. Aber wir waren nicht stark genug, die Rückschläge durch die Staatsmacht aufzufangen, Zersplitterung der produktiv zusammenarbeitenden Gruppen war die Folge, und mit der Anti-Kriegsbewegung ist es bis heute nichts geworden. Gute und richtige Ansätze, wie gegen Forschungsinstitute und Rüstungsinstitute und Firmen vorzugehen, sind nicht fortgeführt worden. Der Anti-Kriegsrat ging ein, weil es kaum fest arbeitende Gruppen gab. Wir konnten aus dem kurzfristigen Erfolg am 11.6. keinen Nutzen ziehen.

Unsere Parolen "zu einer politischen Kraft werden" kamen uns nach der Demo nur mehr noch als Spruchblase, wir wußten kaum, wie es weitergehen sollte, weil wir fast nur auf die Aktion am 11.6. fixiert waren, anstatt auf eine längerfristige Auseinandersetzung mit den Menschen, mit denen wir einen gemeinsamen Widerstand leisten können. So waren wir für die vielen Leute, die Interesse nach dem 11.6. an einer Auseinandersetzung mit uns hatten, so gut wie nicht erreichbar.

versuchter Schachzug

Als Reaktion auf die anstehenden Räumungen im Herbst wurde die Gesamtlösungskampagne erfunden. Das Ziel war: alle Gruppen wieder zu vereinigen, weil nur so die Häuser gehalten werden konnten und der Zusammenschluß auch eine Auseinandersetzung miteinander hätte ermöglichen können. Die Forderungen waren: Verträge für die Häuser, die das wollen, Beibehaltung der Statuses der Nichtverhandlungshäuser. Das sollte als Forderungspaket gemeinsam durchgesetzt werden.

Es war von vornherein klar, daß diese Kampagne sehr wackelig war. Aber es sind so wenigstens die Vorstellungen der verschiedenen Häuser untereinander besprochen worden. Nur wurde die ganze Geschichte von sehr wenigen in Bewegung gebracht, die u.a. halt auch im Kopf hatten, daß eine besetzter Status der Häuser von mehreren

ahren eben auch schon ein Erfolg ist. Dieser "Erfolg" wurde jedoch nicht weiter hinterfragt, geschweige denn breiter diskutiert. Der Schritt, sich gegenseitig in seinen Vorstellungen, dem Staat gegenüber zu treten (verhandeln/nichtverhandeln z.B.), kam fast 1 1/2 Jahre zu spät. Jetzt galt er nur noch als taktischer Schritt nach außen, die offizielle Seite war mehr darauf eingegangen, als die "Betroffenen" selbst.

Von 40 Nichtverhandlerhäusern blieben noch 10 übrig. Der Versuch, über die Gesamtlösung noch was zu retten, war gescheitert, dennoch war es besser, zusammen nochmals zu reden, als sang- und klanglos seinen eigenen Stiefel durchzuziehen.

Was bleibt, ist die Frage: wie kann eine Bewegung auf längere Sicht an einem Strick ziehen?

Bewegung ist immer diffus, weil sie sich aus unterschiedlichsten Menschen, die mit unterschiedlichen Zielvorstellungen kämpfen, zusammensetzt. Die Gemeinsamkeiten werden oft durch den gemeinsamen Feind klar, aber wir müßten unabhängig vom gemeinsamen Feind herausfinden, was uns verbindet. Wir können hier nur ein Teil einer Bewegung sein, der gesellschaftliche Veränderungen mit vorantreibt. Wir müssen uns genauer mit den anderen Teilen der Bewegung auseinandersetzen: was ist ihr Widerstand?; was sind ihre Lebensbedingungen? usw.

Es wurde in der Auseinandersetzung viel auf die Widersprüche im Senat gehofft und gesetzt. Widersprüche der Regierenden können uns zwar nützen, es ist aber nicht richtig, seine Strategie danach auszurichten, schnell wird es ein Geklüngel und Taktieren, in dem wir unsere Vorstellungen vom Kampf bestimmen lassen.

Die Forderungen der Gesamtlösungen waren rein taktisch, weil sie sich viele dahinter stellen konnten. Es gab zu diesem Zeitpunkt keine große Gemeinsamkeit mehr, außer daß wir in illegalen Wohnverhältnissen lebten. Es wurde von den Nichtverhandlern den Eindruck erweckt, als könne es einen Frieden mit dem Staat geben, das ist unmöglich, denn der Staat ist darauf aus, jeden Widerstand zu brechen. Und wenn wir nur den kleinen Finger reichen, will er auch sofort die ganze Hand. Wir hatten gefordert, den alten Zustand beizubehalten, das war defensiv. Es wurde auch die Illusion erweckt, wir könnten die alte Kraft von früher noch einmal aufleben lassen, das ging nicht, der radikale Teil der Bewegung hätte sich enger zusammenschließen müssen, um eine Perspektive und Handlungsfähigkeit zu erreichen und dann wieder an die anderen ranzutreten sollen. Doch das Nichtverhandeln ist eben mehr ein Gefühl geblieben, konkrete Praxis und Strategien kamen erst wieder etwas später hinzu.

Häuserkampf wird zum Häuserkampf

Bei den Räumungen der Reuter/Pflügerstr. in Neukölln — Nichtverhandlerhäuser, die als "kriminelle Fluchburgen" galten — und den Häusern in der Maaßenstr. — Verhandlerhäuser der Neuen Heimat — konnten wir mit unseren überholten Aktionsformen (die Bullen hatten mehr gelernt als wir) wie Massenmilitanz nicht viel entgegenzusetzen. Spätestens nach der Maaßenräumung war klar, daß die Gesamtlösung gescheitert war. Die Verhandler fühlten sich bei dieser Räumung zum ersten mal existentiell verarscht und bemühten sich von daher um Einheit und Aktionsfähigkeit. Bei uns war da schon die Luft raus und die anderen waren zu schwach, um alleine zu agieren. Wieder ne verpaßte Chance — wir hatten einfach zu ungenau bestimmt, was wir mit der Gesamtlösungskampagne erreichen wollten und teilweise hatten wir auch erhebliche Bauchschmerzen bei der Gesamtlösung. Eine wirkliche Auseinandersetzung der Häuser, die sich bis dahin sicher geglaubt hatten, wurde erst da richtig geführt. Das führte z.B. bei der Luckauer 3, der Oranienstr. 44 + 45 in Kreuzberg zu Vertragsabschlüssen in einer "rette-sich-wer-kann" Stimmung. Der Häuserkampf der Bewegung war bis auf wenige Häuser erstmal gestorben.

Diese Einzellösungen von eigentlichen Nichtverhandlerhäusern hat dem Bestreben nach gemeinsamen Vorgehen nochmal den letzten Rest gegeben.

Bei den Räumungen der Nichtverhandler Buttmanstr (Wedding), Steinmetzstr. usw konnten wir auch nicht angemessen reagieren, obwohl die Buttmanbesetzer starke Eigeninitiative entwickelt hatten, was ja auch immer eine der Voraussetzungen war, daß bei einer Räumung was an Widerstand läuft.

Im Winter 82/83 war dann die Stimmung in bezug auf die Häuserkämpfe reichlich unten. Alles war konfus und fast keiner konnte mehr sagen, wo es jetzt mit mehr Leuten zusammen weitergeht. Insgesamt fand eine Vereinzelung, Spaltung und Einkreisung statt. Die neuere Bullentaktik (Salaminitaktik) — nur soviel zu räumen, daß die Wut nicht kollektiv ausbricht, hat uns als Bewegung handlungsunfähig gemacht, wir waren schon zu sehr auf's Reagieren eingefahren. Repression und das Angebot von Verhandlungen haben uns auseinandergebracht. Doch auch die legalisierten Häuser wird der Staat auf die Dauer nicht in Ruhe lassen, ASOG-Räumungen sind auch da vorstellbar. Erstmals vereinzelt hat er ein leichtes Spiel. Das alles wirkte so gut, weil bei den meisten der Bauch allein zum Kämpfen

gerufen hatte, das Ziel und das Warum jedoch nie so klar waren. Wir waren auf wenige Bereiche zurückgedrängt worden und als politische Kraft nicht mehr bedeutend. Konnten wir früher noch Erklärungen des Besetzertrats K 36 + 61 abgeben, die noch ernst genommen wurden, so war dies nun zum inhaltsleeren Etikett verkommen. Es gibt trotz allem noch Rudimente von Strukturen, allerdings vorwiegend im Ghetto K36 und kleine Szenen in Schöneberg, Charlottenburg und Wedding. Untereinander findet kaum noch Austausch oder Zusammenarbeit statt. Der Senat hat drei Jahre auf diesen Zustand hingearbeitet: "die Mollis von den Müslis trennen und die Aktiven von den Mitläufern". In einer Situation, wo wir zersplittert und eingekreist sind, wirken Repressionen und Einknastungen eher, führen eine Schwächung herbei, weil immer mehr davon eingeschüchter werden.

Bei der Räumung der Wax 39 (aktives Nichtverhandlerhaus in K61), wo die Besetzer selbst durch Ruhestörung den genauen Zeitpunkt der Räumung bestimmt hatten, wurden einige Aktivisten wieder handlungsfähig. Zur gleichen Zeit wie die Räumung flogen mehrere Scheiben ein. Am nächsten Tag war eine Versammlung von Unterstützern auch ohne Bullen im Kiez aktionsfähig und eigneten gemeinsam sich einen Teil der "Reichtümern" beim Supermarkt Manns an. Viele Passanten freuten sich über kleine Geschenke und die Aktivisten hatten am Wochenende einen vollen Kühlschrank. Diese Praxis hielt einige Wochen an.

Um wieder etwas gegen die Senats- und Bullenstrategie zu unternehmen, wurde die Oster-Kudamm-Aktion erfunden. Sie war nicht direkt zielgerichtet und wollte eher Chaos verbreiten bzw. das Kreuzberger Lebensgefühl auf den Kudamm bringen, was ja nicht immer nur positiv ist, sondern eben auch die ganzen Bullenprovos und Belagerungszustände bedeutet. Während ein Teil der Aktivisten das ganze eher als Spaß empfanden, kritisierte ein anderer Teil die Aktion als nicht zielgerichtet genug, sie vermittele keinen Erfolg oder gar unsere Inhalte, wenn 1000 Bullen auf dem Kudamm rumhetzen, über 40 Leute in ASOG wandern und bis auf ein paar Farbeier und ein brennender Vorhang im Nobelrestaurant Kempinski nicht viel mehr passiert.

Eine weitere Aktion war dann der Tag Z — eine Neubesetzung in Steglitz, zu der von unterschiedlichen Treffpunkten Unterstützer mobilisiert werden sollten. Unsere Stärke auf der Straße war eben nicht mehr das, was 81 mal da war, Angst war groß geschrieben und so gab's für die meisten Frust und Beulen. Viele, die Erfahrungen bei ähnlichen Aktionen wie Tag X und Y gemacht hatten, blieben entweder weg oder brachten ihre Erfahrungen nicht sinnvoll ein. In solchen Momenten treten bei uns, den "Alt-Aktivisten" ähnliche Schwierigkeiten auf, wie wir selbst es den 68igern in den letzten Jahren vorgeworfen hatten, z.B. das durch Abwesenheit Glänzen, oder Erfahrungen so vermitteln zu können, daß sie nicht hemmen, sondern produktiv sind. Doch dazu etwas mehr später.

Aus dem Gefühl, in K36 immer noch genügend Stärke zu haben, um Widerstand zu leisten, ging es los mit der "Kämpft Freunde"-Kampagne: wenn in K36 geräumt wird, dann...". Für K36 sahen wir die Chance, noch was auf die Reihe zu kriegen. Es gab wieder mehr Auseinandersetzung über unseren Widerstand, eine Veranstaltung zum 11.6. war ein hoffnungsvoller Wiederanfang. Der Häuserkampf war für Viele trotzdem immer noch wichtig, gerade weil er nicht nur auf's besetzen allein beschränkt war, daß sie nicht nur auf die Räumungen warten wollten, um dann zu reagieren, sondern machten schon vorher Aktionen. Mehrere Anschläge hintereinander zwangen die Hetzpresse und den Senat zur Reaktion. Fahndungsphotos von Leuten, die in der Nähe eines Benzinkanisters erwischt wurden, gingen durch die Presse. Eine ASOG-Räumung in K61 sowie ein absoluter Großbullenaufwand mit flächendeckenden Observationen wurden durchgeführt, der Erfolg war kläglich, Aktionen gab's immer noch und "nur" zwei mit einer Brandflasche gingen sozusagen ins Netz, was die Schweine dann allerdings auch reichlich ausschalteten und sie als Top-Terroristen aufbauten.

Es wurde eine Demo gegen die Kriminalisierung organisiert. Die Mobilisierung lief mies, auch wurde eine breitere Diskussion mit Alternativen und Linksliberalen versäumt. Bei dem damaligen Hetzklima war klar, daß die Demo ein absoluter Gefangenentransport mit Bullenprovos ergibt. Die Demo hatte das Ziel, zum Tagesspiegel und zu Springer zu gehen, was erstmal okay war. Viele von uns gingen nicht hin oder wollten nur mal gucken. Ein Verhalten, was wir sonst immer kritisierten. Die Demo war recht klein und die Bullen griffen sehr schnell Leute aus der Demo heraus. Wir mit unseren Erfahrungen wollten nicht weitergehen, sondern warten, bis die wieder freigelassen wurden. Es ging uns gegen den Strich oder gar gegen unsere "Würde", so eine Demo weiterdurchzuführen und diskutierten mit den anderen, den "Jüngeren". Diese hatten ein ganz anderes Gefühl, für sie war es wichtig, die Demo durchzuziehen, auch wenn sie in der absoluten Ohnmachtsposition stecken. Wir verließen dann nach und nach die Demo. Ca. 150 Leute erreichten nach vielen Stunden mit ca. 300 Bullen Springer. Diese fühlten sich anekdotisch ganz

gut und wir fühlten uns gefrustet.

Durch diese Kriminalisierungs- und Hetzkampagnen kam wieder ein engeres Zusammenrücken zustande. Es wurde klar, daß kleinkarierte Abgrenzungen nichts bringen. Das Bedürfnis nach Organisierung — gemeinsam aus den Fehlern unserer Vergangenheit zu lernen und den Kampf auf festere Beine zu stellen — kam bei einigen auf. Allerdings sollten nicht die Fehler der 68iger mit ihren entfremdeten Kaderorganisationen gemacht werden.

Auch unser Verhältnis zu anderen wie AL, Teilen der Friedensbewegung, Alternative Projekte und fortschrittlichen Gruppen soll mehr mit Auseinandersetzung als mit Abgrenzung neu bestimmt werden. Es fanden in letzter Zeit Gespräche mit einigen AL-ern statt, die auch kein Interesse haben, daß unser Widerstand, stellvertretend für konsequenten Widerstand gegen den Staat, eingemacht wird. Wir haben kein Interesse, uns nur um uns selber zu drehen und einen Privatkrieg mit den Bullen auszutragen, sondern wir wollen neue Wege finden, um aus der Defensive rauszukommen. Wir haben Interesse an einer breiten Auseinandersetzung, die wir mit einem eigenen Standpunkt führen wollen, um Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln herauszufinden (z.B. für den Herbst, Ausländerpolitik, Leben, so wie wir uns das vorstellen, gegen Zerschlagung der Kiezstruktur...).

Kleine Lichtblicke

Nach diesem kleinen Exkurs nun wieder zum chronologischen Ablauf.

Die Wax 43 (ein Haus in K61, deren Verträge fast perfekt waren), wird geräumt, der Turm (eines der ältest besetzten Nichtverhandlungshäuser in K36) außer Plan von den Bullen durchsucht. Viele kamen auf die Straße, spontan oder mobilisiert durch "Kämpf Freunde". Aktionen auf der Straße zeigten, daß unser Widerstand doch noch nicht so ganz tot war (so wie wir es in "unserem" Ghetto auch eingeschätzt hatten). Am 8.6. war das Räumungsultimatum des Turms abgelaufen. Die Aktivisten wollten nicht bis zur Räumung warten, wo die Bullen auf ein Räumungsschauspiel sowieso besser vorbereitet sind. Es war vielen in der Bewegung vorher klar gewesen, daß die Turmräumung nicht ohne Widerstand im Kiez ablaufen wird. So hatte eine Verschiebung des Ultimatums und eine zweideutige Meldung in der taz die Folge gehabt, daß bei der selbstbestimmten Räumung an diesem Mittwoch viele nicht wußten, worum es bei der abendlichen Schlacht im Kiez ging. Die Vermittlung war schief gelaufen, auch war es für viele schwierig, sozusagen von sich aus einen Angriff zu starten, ohne die Wut im Bauch über eine vorhergehende Räumung zu haben, obwohl auch dies eine Verteidigung der eigenen Lebensräume war und ein organisierter Widerstand auf der Straße das Ohnmachtsgefühl durchaus aufbrach.

Die richtige Wut war jedoch am 18.6. da: die "Konservative Aktion" (KA) kam nach Berlin, unterstützt von Senat und Bullen. Ein breites Bündnis von SPD über AI bis zu Radikaleren demonstrierte mit 20 000 gegen das Auftreten der KA in Kreuzberg, wo sie Flugblätter an Türken verteilen wollten. Am Kottbusser Tor wird ein Türke beim Anbringen eines Transparents verhaftet. Die aufgestaute Wut machte sich spontan Luft. Die Bullen lösten gleich den ganzen Demozug auf, ein großer Teil der Demonstranten zieht sich in den Kiez zurück, Barrikaden werden errichtet, Steine fliegen. Nicht nur die sog. Chaoten bauten Barrikaden, wehrten sich, da beteiligten sich genauso Ausländer, Kids etc. — spontan wird das wahr, was in den Vorstellungen schon lange laufen sollte. Die Bullen räumten im Laufe der "Randale" aus Rache das Besetzer-Eck am Heinrichplatz.

Andere Häuser sollten auch noch geräumt werden, aber das wurde durch den Kampf auf der Straße verhindert (lt. Bullenfunk). Dieser Krawall war ein Ergebnis des alltäglichen Terrors, v.a. in Kreuzberg, wo die Bullen ständig als Besatzer präsent sind, und die miese soziale Lage der ausländischen Mitbewohner. Es gab auch zum ersten Mal wieder breit ein gemeinsames Ziel: gegen Ausländerhaß, verkörpert in der KA.

Am 27.6. wurden zwei Häuser in Kreuzberg (Turm und Leuschnerdamm7), sowie 5 Häuser in Charlottenburg geräumt, die teilweise mit der Neuen Heimat in Verhandlungen standen. Vielen ist anscheinend jetzt erst klar geworden, daß der Staat nicht an Verhandlungslösungen interessiert ist, sondern einzig und allein die Schwächung unserer Lebensstrukturen, die auch Widerstand bedeuten, vorantreibt. Als die Steine tausendfach flogen, hat sich der Senat die Finger nach einem Verhandlungsgespräch geleckt, heute, wo wir nicht mehr diese Kraft haben, bricht er sämtliche Zusagen. Zum Beispiel gibt es heute von 11 überwiegend Verhandlungshäusern in Charlottenburg nur noch zwei.

und das Ende vom Lied?

Wir finden es unbedingt wichtig, in unsere nächsten Schritte die Erfahrungen unserer Geschichte mit einzubeziehen. Es wäre auch toll, wenn andere aus ihrer Sicht, sei es bei den Verhandlern, bei den Schönebergern etc. oder gar bei anderen Teilbereichsbewegungen, ihre Erfahrungen anderen zugänglich machen würden.

Umfassende Schlussfolgerungen sind bei uns noch in der Diskussion. Wir sind dabei, viele Fehler einzusehen und daraus Ansätze zu einer neuen Praxis zu finden. Ein paar Gedankengänge sollen hier aber schon mal zur Diskussion stehen:

Der ständige Druck und die dauernde Anspannung in der Konfrontation hat viele Beziehungen unter uns, die oft von einer Oberflächlichkeit gekennzeichnet waren, in Frage gestellt. Wir wollen Gruppen unter uns aufgrund der Erfahrungen nun bewußter aufbauen, ohne uns dabei von den anderen Widerstandsstrukturen abzukapseln. Bewegung gibt es hier schon lange nicht mehr, anstelle der Euphorie ist der alltägliche Kampf und auch Nerv getreten. Wenn jetzt von einem "wir" gesprochen wird, meinen wir am ersten Stelle die Menschen, die in ihrem Kampf das System revolutionär verändern wollen, und sich dabei ertsmal mit Gleichgesinnten zusammenschließen wollen. Es ist unbedingt wichtig, daß die Menschen, die viel Erfahrungen in den Konfrontationen mit dem Staat gesammelt haben und Utopien von anderem Leben nicht nur in ihrer Bine haben, sondern auch die Grenzen des Umsetzens immer weiter verändert haben und wollen, dies alles auswerten und anderen zur Verfügung stellen. Um nicht nach jeder Bewegung von vorne anzufangen, sondern um Fortschritte in unserem Kampf um Befreiung zu erzielen!

Nicht Sekte oder gar Partei ist unser Ziel, sondern eine Weiterentwicklung der bestehenden Widerstandsstrukturen. Wir wollen uns von unserem Standpunkt aus mit anderen, die Veränderung wollen, eine gemeinsame Praxis finden, z.B. Internationalismuskomitees, unabhängige Friedensgruppen, Ausländergruppen und Teilen der AI, die kein Interesse an einem SPD-Integrationskurs haben. Es geht für uns auch darum, eine Lebensstruktur aufzubauen, die nicht durch Räumungen zerstört werden kann. Das heißt für uns mehr Selbstorganisation in K36: Treffpunkte, Feste, gemeinsames Verhalten gegen die Zerstörer und Bullen-Besatzer.

Wie kann also eine Vernetzung der aktiven Gruppen in Zukunft aussehen? — das ist die große Frage!

Wir sind eine kleine Gruppe von ehemaligen Hausbesetzern und halten den Häuserkampf weiterhin für einen wichtigen Bestandteil im proletarischen Kampf. Im ersten Teil des Papiers versuchen wir die kapitalistische Wohnungspolitik über die beschränkte "Abriss - Luxussanierung - Analyse" hinaus in den letzten 30 Jahren zu untersuchen. Im Verlauf unserer Untersuchung sind wir immer wieder auf Sachen gestossen, die unsere bisherigen Vorstellungen in Frage gestellt haben (wir haben z.B. geglaubt, die Sozialmieten wären um 70 für die Leute billig gewesen, was sich inzwischen als falsch erwiesen hat). Die Darstellung der Entwicklung der Wohnungspolitik ist also wenig umfassend, stellt aber die Grundentwicklungen einigermaßen klar dar.

Im zweiten Teil geht es um die Entwicklung der Hausbesetzerbewegung von 79 bis heute, vor allem um ihre Begrenztheit. Wir wissen, dass es in den letzten 15 Jahren andere Kämpfe gegen Mieterhöhungen und Zwangsräumungen gegeben hat (z.B. im Märkischen Viertel), dazu gibt es aber fast keine Informationen; diese Erfahrungen aufzuarbeiten ist auch noch wichtig für zukünftige Initiativen.

ZUM HÄUSERKAMPF

Der Kampf um Wohnungen lag schon immer an zentraler Stelle in den Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Kapital. Für das Proletariat war und ist es der Kampf für freien, menschenwürdigen Wohnraum. Wohnungen sind ein Grundbedürfnis zum Leben. Es ist ein Kampf gegen Wohnraum als Ware, gegen den Versuch des Kapitals die Verwertungsbedingungen von Wohnraum zu erhöhen, indem es immer mehr Miete aus uns presst. Durch den Zwang Miete zu zahlen werden die Proletarier gleichzeitig gezwungen fürs Kapital zu arbeiten. Im Kampf geht es also darum immer weniger Miete zu zahlen und die Wohnungen zu behalten. Praktisch heisst das: Mietstreiks, Besetzungen und Zwangsräumungen verhindern.

Auf der anderen Seite zielt die staatliche Wohnungsbaupolitik auf die Zerstörung der solidarischen Lebenszusammenhänge der Proletarier, um sie so zu vereinzeln und zu disziplinieren. Es geht dem Staat darum, die absolute Kontrolle über alle Bereiche zu erreichen. Im Kampf müssen also die Zusammenhänge unter den Leuten wieder gestärkt werden, die Bullen und Sozialarbeiter vertrieben und so die Selbstbestimmung des Lebensbereiches zurückerobert werden.

1. Teil - WOHNUNGSPOLITIK IN BERLIN

Die Wohnungssituation heute

Um die Bedeutung der berliner Wohnungspolitik zu verstehen, muss man sich erst mal über die besondere Wohnungssituation im Gegensatz zur BRD im klaren sein.

In Westberlin lebt mehr als 90 % der Bevölkerung in Mietwohnungen; Eigenheime und Eigentumswohnungen spielen hier praktisch keine Rolle. Von den 1 000 000 Mietwohnungen sind ca. 400 000 Sozialwohnungen. Zum Vergleich dazu: in der BRD gibt es nur 4 000 000 Sozialwohnungen. Die restlichen 500 000 Mietwohnungen sind Altbauwohnungen, die noch der "Mietpreisbindung" unterliegen, die jedoch ständig ausgehöhlt wird, wodurch jährliche Mieterhöhungen möglich sind. Durch die gesetzliche Kontrolle über die Sozial- und Altbauwohnungen und über die Konzentration der Verwaltung und des Besitzes vieler Häuser auf ein paar gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften kann die Wohnungsbaupolitik und der Wohnungsmarkt zentral gelenkt werden.

Für die Mieter und Wohnungssuchenden sieht die Situation im Moment so aus: aus der offiziellen Statistik ergibt sich, dass jeder dritte berliner Haushalt über weniger als 1500 DM Einkommen verfügt, wovon 25 bis 40 % allein für die Kaltmiete drauf gehn. 1980 waren mehr als 100 000 Familien und Einzelpersonen auf Wohngeld angewiesen; 70 % von ihnen müssen mit weniger als 1000 DM im Monat leben. Die Kaltmieten im sozialen Wohnungsbau liegen zwischen 6 und 9 DM pro qm, woraus sich Monatsmieten von 500 bis 1000 DM für eine normale Wohnung ergeben. Zu der sowieso immer konstant bleibenden Zahl von 80-100 000 aktiv Wohnungssuchenden, kommen mindestens noch drei mal soviel dazu, die in völlig überbelegten, feuchten und dunklen Scheissbuden leben müssen und dringend eine neue Wohnung brauchen. Unter den extremsten Bedingungen leben die vielen illegalen Ausländer. Dieser

riesigen Zahl von Wohnungssuchenden stehen ca. 40 000 leerstehende Wohnungen gegenüber (allein 15 000 Sozialwohnungen), die einfach viel zu teuer sind oder von den Besitzern nicht vermietet werden. Aus den laufenden Sanierungsprogrammen, den schlechten Wohnungen und hohen Mieten ergibt sich vor allem in den Sanierungsgebieten eine grosse Zahl von Leuten, die ständig Wohnung wechseln.

Wie es zu dieser Situation gekommen ist und was für Interessen hinter ihr stehen versuchen wir jetzt über die Geschichte der Wohnungspolitik aufzuzeigen. Wir haben die Zeit seit dem offiziellen Abschluss der "Wiederaufbauphase" in drei grobe Abschnitte eingeteilt:

1. von 1960 bis Anfang der 70'er Jahre: Grosssiedlungsbau am Stadtrand und Vertreibung der Leute aus den alten Bezirken
2. von Anfang der 70'er Jahre bis ca. 80: keine weiteren Grosssiedlungen, Neuüberbauung der alten Bezirke, fortwährende Verringerung des soz. Wohnungsbaus
3. seit ca. 80: totale Mietsteigerungen und gleichzeitig "behutsame Stadterneuerung", praktisch kein sozialer Wohnungsbau mehr

Die 60'er Jahre

In den ersten Nachkriegsjahren beschränkte sich die Bautätigkeit vorwiegend auf die Beseitigung der Trümmernmassen und auf die Instandsetzung der teilzerstörten Häuser. Erst die Mittel des Marshallplans, das Anlaufen des Notstandsprogramms und das erste Wohnungsbaugesetz führten zum Bau von neuen Häusern. Anfang der 60'er Jahre gilt die Wiederaufbauphase als offiziell abgeschlossen.

Gleichzeitig steckten die Städtebauplaner Gebiete am Stadtrand ab, auf denen sie die Errichtung von Grosssiedlungen vorsahen. Auf sogenanntem Freiland wurde dann ab 1960 begonnen, Siedlungen wie Falkenhagener Feld und Gropiusstadt zu bauen. Schon bestehende Siedlungen wurden erweitert (bei Fertigstellung dieser Siedlungen leben dann zwischen 20 und 50 000 Leuten in jeweils 10 bis 17 000 Wohnungen pro Siedlung). 1963 wurde dann das erste Stadterneuerungsprogramm von Willy Brandt dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Dieses Programm bedeutete den Beginn der Flächensanierung und damit den Abriss ganzer Strassenzüge und zigtausender Altbauwohnungen in den nächsten 15 Jahren. Vorgesehen war eine "drastische Umgestaltung" der innerstädtischen Bezirke wie Tiergarten, Wedding, Charlottenburg, Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg. Ausserdem wurde der Bau einer weiteren Grosssiedlung, das Märkische Viertel, beschlossen, welche im Gegensatz zu den anderen auf ehemals bebautem Gebiet erbaut wurde. Mit diesem völligen Städte- und Bevölkerungsumstrukturierungsprogramm und den damit gemachten Erfahrungen erlangte Westberlin dann auch bald internationale Bedeutung, hatten doch andere Grossstädte mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. So fand dann 1967 in Westberlin ein Kongress vom Internationalen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung mit dem Thema "die Stadterneuerung und die Zukunft der Stadt" statt.

Massgeblich beteiligt an der Sanierung und am Siedlungsbau waren die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, wie die senatseigenen GeSoBau, GSW, BeWoGe, *CrS?* DeGeWo und die gewerkschaftseigene Neue Heimat. Sie sind die Sanierungsträger und damit verantwortlich für die Planung und die Durchführung der ganzen städteverändernden Massnahmen mitsamt den Konsequenzen für die Bevölkerung. Ihnen sind jahrelang die dicken Profite in den Arsch geschoben worden für den Bau kotzhässlicher Grosssiedlungen, für den Abriss ganzer Stadtteile und deren Neubebauung.

Einerseits war der Bau der Grosssiedlungen ein Zugeständnis an die Leute die eine Beteiligung an dem neuen gesellschaftlichen Reichtum forderten. Denn viele Leute hatten es satt, in feuchten Hinterhausbudens ohne Bad und eigenem Klo zu hocken. Sie wollten eine bessere Wohnung. Durch die Vollbeschäftigung und die Grossfabriken musste der Staat auch für die Millionen von Proletariern und deren Familien dafür sorgen, dass Wohnungen vorhanden waren. So kam es zum sozialen Massenmietswohnungsbau.

Andererseits sollten die Grosssiedlungen noch eine andere Funktion erfüllen. Sie sind nicht nur deswegen so kotzhässig, weil sie nach absoluter Billigstbauweise gebaut wurden, sondern weil sie auch mehr Kontrolle über die Bewohner versprachen. Die alten unübersichtlichen Stadtteile konnten diese Funktion schon lange nicht mehr in ausreichendem Masse erfüllen.

Der Einzug in die neuen Wohnungen, die für viele ja erst mal einen verbesserten Standard brachte, führte sehr bald zu einer Verschlechterung der ganzen Lebenssituation. Zu der höheren Miete und Nebenkosten kamen die monatlichen Raten, die für die neue Einrichtung auf Kredit abgezahlt werden mussten. Hinzu kam, dass in den auf billigste Weise gebauten Sozialwohnungen von dem anfänglichen "Komfort" bald nichts mehr zu spüren war (alles ging kaputt). Bei einem Durchschnittsverdienst von 850 DM und 355 DM Miete blieb dann einem Arbeiter und seiner Familie nicht mehr viel übrig. Die Frauen mussten mitarbeiten, um überhaupt die Miete zahlen zu können. Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg rapide und doch gab es von Anfang an Zwangsräumungen. Mit dem Umzug war praktisch alles teurer: zu den Mieten und Heizkosten kamen noch die höheren Stromkosten. Hatte man bisher einen eigenen Stromzähler in der Wohnung, den man anbohren konnte, so waren jetzt die Zähler entweder verschlossen im Keller oder in der Wohnung mit Stahlplatte drunter. Genauso stiegen die Kosten für Lebensmittel als auch die Fahrtkosten, die durch die grosse Entfernung zur Stadt und zur Arbeit dazukamen. Manche Siedlungen haben bis heute noch keine U-Bahn-Verbindung; am Anfang gabs fast keine Infrastruktur, auch keine Kindergärten, Ärzte, Läden u.s.w., was das Leben, hauptsächlich das der Frauen, besonders erschwerte. So waren die Leute bald desillusioniert über die neuen Wohnungen, sie merkten, dass sie von der Propaganda der Wohnungsbaugesellschaften verarscht worden waren. Sie organisierten sich und konnten einige ihrer Ziele durchsetzen, verhinderten z.B. einige Zwangsräumungen (Märkisches Viertel 1968-73).

Obwohl sie damals neue Wohnungen wollten, waren sie doch nie besonders scharf darauf gewesen in diese Trabantenstädte zu ziehen, weit weg von den sozialen Beziehungen der gewohnten Umgebung. Es gab aber keine Alternative dazu, denn im Zuge dieses Stadterneuerungsprogramms wurden zigtausende Bewohner aus den alten Vierteln vertrieben und mit dem Wegzug der ersten Familien begannen die Wohnungsbaugesellschaften, wo es möglich war, sofort mit dem Abriss der alten Mietskasernen. Doch nicht überall konnte die Entmietung und der darauffolgende Abriss durchgesetzt werden. Aus Spekulationsgründen standen einige Häuser, die für den Abriss vorgesehen waren, teilentmietet, mit zum Teil nur noch einer Mietspartei, jahrelang unbewohnt herum.

In diese Zeit fällt dann der vom Kapital organisierte Zustrom der Emigranten in die Stadt. Zwischen 1960 und 1970 kamen über 100 000 Emigranten hauptsächlich aus den südeuropäischen Ländern nach Westberlin. Mit ihnen bekamen die alten heruntergekommenen Häuser in den Sanierungsgebieten wieder eine Funktion, denn in diese zogen sie und ihre Familien. Überbelegt mit den ausländischen Arbeitern liess sich mit den alten Häusern noch besser was verdienen. Froh, überhaupt eine Wohnung zu bekommen zogen sie in die Mietskasernen mit ihren Hinterhäusern und Seitenflügeln. Ihre Unkenntnis der Sprache und der Verhältnisse hindert sie zum grossen Teil daran, an ihrer Wohnsituation was zu ändern. Sie wohnen zusammengepfercht, sind mobil, können also hin und her geschoben werden und müssen den Preis, den die Besitzer verlangen, zahlen. Mit dem Einzug der Emigranten wurden die sowieso schon minimalen Investitionen für Instandhaltung ganz eingestellt.

Die 70'er Jahre

Durch die Streiks der Arbeiter/innen für höhere Löhne und den sich organisierenden Widerstand in den Stadtteilen gegen Mietwucher, fehlende Sozialeinrichtungen (Kindergärten, Jugendzentren) kamen den Kapitalisten ernsthafte Zweifel an ihrem Konzept von "Entwicklung". Dieses Konzept versprach den Arbeitern/innen eine gewisse Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum, vorausgesetzt sie würden sich der Kontrolle des Kapitals und des Staates unterwerfen. Der soziale Wohnungsbau, ein Teil dieses Konzepts wurde für die Staatskasse eine zu starke Belastung. Deshalb arbeiteten sie an einer neuen Strategie, die den sozialen Wohnungsbau vom staatlichen Zuschussbetrieb ganz allmählich in einen profitableren Teil des Wohnungsmarktes verwandeln sollte. Der bis dahin praktizierte Grosssiedlungsbau an den Stadträndern wurde wieder eingestellt. Durch den Grosssiedlungsbau sollten vor allem folgende Ziele erreicht werden:

- I. Die zentrale Unterbringung von tausenden von Proletariern und deren Auspressung durch die hohen Mieten
- II. Die bessere Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiterfamilien durch übersichtliche Bauweise und Vereinzelung

Hierum Lösung mit vielen alten Stadtentwicklungsplänen

Doch diese Wunschvorstellung der Städteplaner und Bonzen wurde vom entstehenden Widerstand der Bewohner durchkreuzt. Es gab immer wieder Aktionen von Mietstreiks und Verhinderungen von Zwangsräumungen (Märkisches Viertel 68-73). Die nicht kontrollierbare Sprengkraft des Widerstands der Bewohner gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, wenn diese sich erstmal der gemeinsamen Klassenlage bewusst werden und die immer höher steigende Kriminalität gegenüber der in anderen Gebieten, waren weitere Gründe für die Einstellung des Grossiedlungsbaus. Die Erfahrungen aus den Satellitenvorstädten wurden natürlich in die Bebauungspläne der innerstädtischen Sanierungsgebiete miteinbezogen. Für die Bewohner der Sanierungsgebiete änderte sich nichts. Die in den sechzigern begonnene Politik der Vertreibung der Bewohner in die teuren Sozialwohnungen durch Kahlschlagsanierung wurde fortgesetzt. So wurden in den 70er Jahren in den Sanierungsgebieten wie Wedding, Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg mehr wie 50 000 Altbauwohnungen abgerissen. Meistens wurde nicht darauf geachtet, ob es sich um gute Wohnungen oder um Bruchbuden handelte. Diese Art der Sanierung war in mehrfacher Hinsicht dienlich fürs Kapital:

- I. Die Zahl der Wohnungssuchenden stieg weiter. Es gab immer mehr Leute, die billigen Wohnraum suchten und dann gezwungen waren, teureren zu nehmen
- II. Die Mieten in ihren Sozialwohnungen, wohin die Leute vertrieben wurden, waren schon damals höher als die in den mietpreisgebundenen Altbauten
- III. Schlecht kontrollierbare Viertel, somit deren Bewohnerstrukturen, wurden grossenteils zerstört und durch überschaubarere Siedlungen ersetzt. So wurden ganze Strassenzüge in den innerstädtischen Bezirken abgerissen, neu aufgebaut und umgeschichtet

Natürlich darf man diese "Städterneuerung" nicht als einen Prozess, der in allen Sanierungsgebieten einheitlich vor sich geht, begreifen. Während z.B. im Wedding noch ganze Blöcke abgerissen wurden, ging man in manchen Teilen von Kreuzberg und Charlottenburg schon dazu über, Altbauwohnungen zu modernisieren. Die Modernisierung versprach ein lohnendes Geschäft für Wohnungsbaugesellschaften und vor allem auch für die vielen Privatbesitzer zu werden. Durch die hohen Subventionsgelder, Steuererleichterungen und die enorme Wertsteigerung des Hauses wurden starke Anreize geschaffen, in die alten Häuser zu investieren. Mit diesen "Luxusmodernisierungen", die sich nicht an den Bedürfnissen der Bewohner orientierte, sollten insgesamt höhere Mieten im Altbau durchgesetzt und gleichzeitig eine ideologische Aufwertung der alten Viertel erreicht werden. Für die Bewohner verschlechterte sich dadurch ihre Situation nur noch mehr. Genau wie bei der Sanierung zielt die Modernisierung auf die Vernichtung von billigem Wohnraum. Erst werden die Häuser entmietet, dann zerstört und leerstehen gelassen, irgendwann wird abgerissen oder modernisiert und zum zwei- bis dreifachen Preis wieder vermietet, oder gleich in eine Eigentumswohnung umgewandelt und verkauft (damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Von uns hier hat keiner was gegen eine Wohnung mit Ahn Innenklo, Badezimmer und Isolierfenster, aber mehr dafür zahlen, kommt gar nicht in Frage).

Diese Aufwertung und soziale Durchmischung war der Kern einer neuen Strategie zur Entghettoisierung der alten Arbeiterviertel. Wir versuchen diese Strategie mal ganz kurz am Beispiel K36 zu erklären:

K 36 ist ein Viertel mit Mietskasernen, die fast alle zwischen 80 und 100 Jahre alt sind. Es herrscht eine Mischung von Wohnen und Hinterhofklitschen (83% der Betriebe hat weniger als 10 Leute). Bevölkerungsstruktur: Ca. 30% Arbeitsemigranten (seit 75 Zuzugssperre, also viele Illegale), viele Rentner, Studenten und Sozialhilfeempfänger. In den letzten 10 Jahren Reduzierung der Betriebe von 9500 auf 6000. Kreuzberg wurde zum Randgebiet. Das Ziel der Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften war die totale Sanierung, daher seit 45 kaum Investitionen in die Häuser, keine Reparaturen mehr. Dadurch wurde die Verslumpung der Häuser und

des Bezirks vorangetrieben. Die Leute mit mehr Knete auf Tasche zogen in andere Bezirke. Jedes Jahr ziehen ca. 15 000 Bewohner weg, d.h., die sich leisten können. Leute, die auf niedrige Mieten angewiesen sind, kommen nach. Aus dieser Tatsache ergibt sich, dass ohne entscheidende staatliche Massnahmen das Gebiet ganz zum Ghetto wird. Um dies zu verhindern, wurde 1977 der Wettbewerb "Strategien für Kreuzberg" durchgeführt.

Innerhalb der SPD bestand der Konsens darüber, dass eine weitere Ghettoisierung von Kreuzberg verhindert werden muss. Gründe dafür sind das hohe Konfliktpotential und der Verlust von Wählerstimmen. Die Strategie dagegen war: "Soziale, wirtschaftliche und letztlich städtebauliche Neuordnung des Bezirks", (Aus-schreibungstext) mit dem Ziel, zumindest einen Teil d er ansässigen Bevölkerung, den sozial "niedrigstehenden", durch "bessere Bürger" zu ersetzen. Dieser Prozess wurde und wird auf zwei Ebenen durchgeführt:

1. Im materiellen Bereich durch Veränderung der baulichen Struktur, d.h. Entkernung, Modernisierung, Verkehrsberuhigung und
2. Im ideologischen durch Imageverbesserungen, "es sollte wieder Spass machen, im alten Arbeiterviertel zu leben!"

Kommen wir jetzt noch zu den Massnahmen im sozialen Wohnungsbau allgemein. Der bis 69 praktizierte Sozialbau wurde dem Senat zu teuer. Sie suchten Mittel und Gesetze um die Kosten noch mehr auf die Mieter abzuwälzen und den Staatshaushalt zu entlasten. In der Praxis sah das denn so aus:

1. Der Sozialwohnungsbau wurde weiter reduziert.
2. '69 wurde ein neues Förderungsgesetz erlassen; ab jetzt wurde nicht mehr das Bauobjekt an sich gefördert, sondern nur noch die Zinslasten der Bauherren. Diese Zinssubventionen soll jährlich um 17 Pfennig pro Quadratmeter abgebaut werden, was zur Folge hat, dass eine jährliche Mindestmieterhöhung im Neubau von 17 Pfennig pro Quadratmeter garantiert wird.
3. Die Umverteilung der Subventionsgelder auf Eigentumsfördernde Bauvorhaben wurde weiter verstärkt
4. Die Einkommensgrenze, unterhalb derer man berechtigt ist, eine Sozialwohnung zu mieten, wird um 40% nach oben verschoben; ab jetzt können auch besser verdienende Leute in die Sozialwohnungen gehen.
5. Der Verkauf von Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen wird ermöglicht
6. Der Phantasie der Besitzer und GESELLSCHAFTEN sind keine Grenzen gesetzt; immer wieder werden neue Pauschalen und Zuschläge auf die Miete draufgeschlagen.

Mit all diesen Massnahmen, und es sind noch längst nicht alle aufgezählt, und den zahlreichen Mieterhöhungen im Altbau wurde die Ausbeutung intensiviert. Die Konzeption des Sozialwohnungsbaus, die Versorgung breiter Teile der proletarischen Bevölkerung mit billigen Wohnraum, wurde aufgegeben.

Die 80'ger Jahre

In den 80'ger Jahren laufen die Pläne der Wohnungsbaupolitiker und Besitzer auf allen Gebieten frontal gegen die Mieter. Gleichzeitig mit dem Angriff auf die erkämpften staatlichen Leistungen, wie das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe, und auf die Löhne, werden die Mieten extrem erhöht. Mit einer Flut von verschiedenen Gesetzesvorschlägen und Vorschriften kommt es andauernd zu neuen Mieterhöhungen. Im sozialen Wohnungsbau haben sich die Mieten in den letzten 5 Jahren um durchschnittlich 200-300 DM erhöht. Dazu kommen noch die Erhöhungen der Mietnebenkosten.

Im Altbau sollte 1981 die Mietpreisbindung aufgehoben werden, was jedoch wegen den Hausbesetzungen und der breiten Diskussion über die Wohnungspolitik erstmal nicht durchgesetzt werden konnte und auf 1990 verschoben wurde. Berlin ist die einzige Stadt, in der die Mietpreisbindung noch besteht. Trotzdem soll die Mieterhöhung bis 1990 ca. 65% (ohne Modernisierung) betragen. -87

Es kommt zu immer mehr Zwangsräumungen, allein in Kreuzberg 30 im Monat, und Wohngeldkürzungen. Dadurch und durch die Mieterhöhungen sind die Leute gezwungen, immer mehr zu arbeiten und auch die absolut unterbezahlten Arbeiten anzunehmen. -60?

Im Sozialen Wohnungsbau werden praktisch keine bezahlbaren Wohnungen mehr gebaut. Die Förderung konzentriert sich auf das Bauherrenmodell, durch das hier vor allem viele westdeutsche Bonzen die grossen Profite machen können. Gebaut werden entweder unbezahlbare Luxuswohnungen oder aber Wohnungen mit niedrigem Standard (nachdem "Programm zur Kostenreduzierung im sozialen Wohnungsbau" von 1981), die trotzdem noch zu teuer sind.

Das Hauptgewicht im Wohnungsbau liegt heute aber bei der Modernisierung. Die Flächensanierung hat sich für den Staat als zu teuer und als sozialpolitisch nicht mehr durchsetzbar erwiesen. Die Wut und der Widerstand der Bewohner gegen die Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften war ihnen zu gross. Heute heisst das Konzept (noch) "behutsame Stadterneuerung". Die Altbauten werden jetzt oft nur noch instand gesetzt, d.h. die grössten Mängel werden beseitigt, neue Fenster und Dusche eingebaut, die Strassenverkehrsberuhigt und begrünt. Man versucht die alten Bezirke wieder bewohnbar zu machen. Die Mieten steigen zwar, aber (noch) nicht so extrem wie bei der (Luxus-)modernisierung. Das Konzept ist auf der einen Seite ein Zugeständnis gegenüber den Kämpfen der Bewohner, auf der anderen Seite ist es ein Experimentierfeld für Städteplaner und Bullen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei vor allem die Internationale Bauausstellung (IBA), die die internationale Architektenelite vereint. Das Schwergewicht liegt bei der Neustrukturierung, Entghettoisierung der Sanierungsgebiete vor allem von Kreuzberg. Was mit den vorhergehenden Methoden noch nicht gelungen ist, wird jetzt "auf die alternative Art" durchgesetzt. Kreuzberg wird sauber und übersichtlich. Neben den Instandsetzungen werden durch die IBA noch einige Musterneubauten (sozialer Wohnungsbau) an bester Lage errichtet, deren hoher Mietzins sich nur die progressiven IBA-Architekten, Anwälte und andere Schleimer leisten können.

Für die proletarischen Bewohner hat sich nicht viel geändert. Sie müssen sich weiterhin um die paar halbwegs billigen Wohnungen reissen, sich von den Vormietern, Maklern und Wohnungsbaugesellschaften zwingen lassen, Schmiergelder zu zahlen, um überhaupt an eine Wohnung ranzukommen und dann immer mehr arbeiten, um sie zahlen zu können.

Vor kurzem wurden die Gelder für Instandsetzung, also für die "behutsame Stadterneuerung" stark gekürzt. Die Kapitalisten glauben wohl, dass begrenzte Zugeständnisse nicht mehr nötig sind, dass der Widerstand gegen sie schon wieder ganz gebrochen ist.

2. Teil - DIE BERLINER HÄUSERBEWEGUNG VON 1979 BIS HEUTE

Anfang 79 wurden die ersten Besetzungen über die BI 36 und die Mieterläden organisiert. Mit diesen bisher radikalsten Mitteln wollten sie die Hausbesitzer zur Vermietung der leerstehenden Wohnungen zwingen. Damit hatten sie keinen Erfolg, trotzdem wurden immer mehr Wohnungen besetzt, was von einer grossen Kampagne gegen die Kahlschlagsanierung begleitet wurde. In der Kampagne ging es hauptsächlich um den Leerstand und Abriss der alten Häuser und der damit verbundenen Zerstörung der Kiezstrukturen. Der Vorschlag war: in die Häuser reingehen, sie selber instandsetzen und mit dem Vermieter einen Vertrag abschliessen. Das ganze wurde "Instandbesetzung" genannt. Im Januar 80 werden die ersten Häuser unabhängig von den Mieterläden und der BI besetzt, die aber politisch und organisatorisch weiter dominierten. Eine Zusammenarbeit mit den Mieterläden gab es nur am Anfang, zwar wurden ihre Informationen und ihre Vorarbeit für weitere Besetzungen benutzt, doch aber eine politische Zusammenarbeit wurde abgelehnt. Dies wurde damit begründet, dass ihre Politik auf Einzelerfolge durch Mausecheln mit den zuständigen Behörden ausgerichtet war.

Die Leute aus den Häusern waren im Besetzerrat organisiert, der schon nach den ersten Besetzungen als lose Organisation einberufen worden war. Einmal wöchentlich trafen sich Leute aus besetzten Häusern, um Informationen auszutauschen, weitere Schritte und Aktionen zu diskutieren. Der Besetzerrat war beschlussfähig und galt als die Vertretung aller Häuser gegenüber dem Senat und den Wohnungsbaugesellschaften, es gab einen Gesamtbesetzerrat für Gesamtberlin und gleichzeitig die Räte auf Bezirks- und Blockebene.

Bei einer am 10. Oktober 80 von den unabhängigen Gruppen organisierten Demonstration gegen angedrohte Räumungen kommt es zu den ersten Zusammenstössen mit den Bullen und den ersten Verhaftungen. Der eigentliche Anstoss zur grossen Besetzungswelle war aber erst der 12.12.80. Zu diesem Zeitpunkt waren zwar erst 20 Häuser besetzt, aber es hatte sich soviel Hass und Wut bei vielen Leuten angehäuft, dass es nach der Räumung eines Hauses am Fränkelufer zu dreitägigen schweren Strassenschlachten kam, an denen sich viele beteiligten, die bisher nicht zur Besetzerszene gehörten. Es gab Schwerverletzte und viele Verhaftungen. Die Häuser, die bereits in Verhandlungen über Pacht und Mietverträge steckten, brachen diese ab und stellten zusammen mit allen anderen die Forderung nach Freilassung aller Gefangenen als Voraussetzung für weitere Verhandlungen. Es wurden jetzt wöchentlich mehrere Häuser besetzt, bis es im Frühjahr 81 ca. 160 waren.

Die Besetzungswelle war auf der einen Seite nur möglich, weil der Senat nicht wusste, wie er sich gegenüber der plötzlich entstehenden militanten Massenbewegung verhalten sollte. Die anfängliche Zurückhaltung war also nicht nur ein taktischer Schritt um Zeit zur Erarbeitung wirksamer Strategien gegen die Bewegung zu gewinnen, sondern auch Ausdruck der Macht der Militanten. Die Herrschenden hatten noch keinen Überblick über eine mögliche Ausweitung der Kämpfe auf grosse Teile der proletarischen Mieter, die zu diesem Zeitpunkt massiv mit der Wohnungspolitik des Senats konfrontiert waren.

Auf der anderen Seite war die Regierung durch den Druck der "demokratischen Öffentlichkeit", einer Reihe von Skandalen, in der mit der SPD verbundenen Bauwirtschaft und der daraus folgendne Regierungskrise nicht in der Lage, die Besetzungen durch militärisches Eingreifen zu verhindern.

HÄUSER UND BESETZER

Bis auf wenige Ausnahmen waren die Häuser in ziemlich kaputten Zustand. Es waren fast alles Altbauten in den alten Arbeitervierteln, die von der Flächenanierung betroffen waren, also vor allem Kreuzberg, aber auch Schöneberg und Wedding. Das sind auch die Bezirke, in denen die meisten Emigranten, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten, Freaks und die Punks, also alles Leute, die wenig Geld haben, wohnen.

Die Besetzer kamen aus allen sozialen Schichten, viele hatten schon seit Jahren versucht, sich so weit wie möglich und vereinzelt dem Arbeits- und Leistungszwang der Fabrikgesellschaft zu entziehen, sie lebten vom Jobben, Arbeitslosen- und Sozialgeld. Für sie war die Besetzung zu erst Mal die Eroberung von freiem Wohnraum, die Durchbrechung der Vereinzelung durch das Zusammenleben mit anderen. Die Bewegung war in den ersten Monaten wie eine Explosion, sie zeigte, dass es möglich ist, gemeinsam zu kämpfen und sich Lebens- und Wohnraum anzueignen. So brachen viele Schule oder Lehre ab, befreiten sich aus ihren erdrückenden Verhältnissen. Mit der Zeit besetzten auch die, die sich aus Angst vor Bullen und Knast eher zurückgehalten hatten, also auch bürgerliche Leute, die sich aus verschiedenen Gründen an die Bewegung hängten. Die ganze Bewegung war also ein Gemisch aus einer Masse von unterschiedlichen meist jungen Leuten, die sich mit auseinandergehenden Vorstellungen und Bewusstsein zusammenschlossen. Was uns trotz der Unterschiede verband, war der gemeinsame Kampf gegen die Zerstörung der billigen Wohnungen, gegen den Angriff auf das "befreite Gebiet" und unsere Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten (in grossen Gruppen zusammenleben, Essen klauen, Musik, usw.) Über politische Forderungen und Ziele konnte man sich nur selten auf eine gemeinsame Position einigen. Diese eigenen Lebensformen und Bedürfnisse der Besetzer, so richtig sie auch waren, liessen sich nicht verallgemeinern. Vor allem das Leben in Grossgruppen und der absolute Anspruch, mit dem dies vertreten wurde, trennte die Besetzer von den Bedürfnissen des Grossteils der Proletarier. Besetzungen dieser Art waren also nur für einen begrenzten Kreis von Leuten möglich und für den Grossteil der Proletarier nicht nachvollziehbar. Natürlich war ihnen ihre Miete zu hoch, die Wohnung zu klein oder zu schlecht, aber welcher Malocher/in mit Familie hat schon ein Interesse, in der Freizeit auch noch unbezahlt ein Haus instandzusetzen, um dann wieder rauszufliegen. *u. G. p. W. G. r.* Zudem hätte es meistens eine Verschlechterung des erreichten Standards bedeutet. Von seiten der Emigranten, die vor allem in Kreuzberg einen grossen Teil der Bevölkerung ausmachen und die für ihre Löcher die höchsten Mieten zahlen, gab es zwar vor allem anfangs viel Sympathie gegenüber den Besetzern, Ansätze von gemeinsamer Diskussion und Organisierung von Besetzern und Emigranten oder von Mietstreiks hatte es so gut wie nie gegeben.

DIE ZWEI LINIEN IN DER BEWEGUNG

Im groben kann man in der Bewegung zwei Hauptrichtungen unterscheiden. Diese wurden auch von den Herrschenden ziemlich früh erkannt. Harry Ristock, SPD-Bausenator am 8.9.80 auf einer Pressekonferenz: "Instandbesetzungen sind kein Massenproblem". Die Besetzer müsse man differenzieren, "es gibt durchaus eine Gruppe von Idealisten, die wirklich mit Farbe an die Häuser rangehen, aber neben einer zweiten Gruppe von Punkern und Rockern gibt es eine dritte, die an der Konfrontation mit der Staatsgewalt interessiert ist." Diese beiden Linien waren von Anfang an klar, doch die offene Spaltung der Bewegung wurde bis im Sommer 81 durch eine Reihe von Einheitserklärungen der Besetzerräte mit der gemeinsamen Forderung nach Freilassung der Gefangenen verhindert. Als dann nach den harten Auseinandersetzungen klar war, dass die Gefangenen nicht frei zu bekommen sind, und die damit verbundene Forderung nach Legalisierung der Besetzungen von leerstehenden Wohnraum politisch nicht realisierbar war, fiel die wichtigste verbindende Forderung zwischen den Fraktionen weg. Für einen grossen Teil der Besetzer ging es nur noch um die Erhaltung ihrer Häuser, für die sie mit der Zeit immer erniedrigender Vertragsbedingungen akzeptierten.

Sie hatten Angst, ihre Häuser, in die sie massig Zeit, Geld und Arbeit gesteckt hatten und in denen sie eine begrenzte Selbstbestimmung erreicht hatten, zu verlieren. Diese Angst wurde von Seiten der Regierung durch andauernde Räumungsandrohungen, Durchsuchungen und Räumungen gezielt verstärkt. Die Gegenstrategie lief unter dem vielbenutzten Begriff "Die Berliner Linie". Dieses Konzept wurde noch unter der SPD-Regierung gemeinsam mit den Bullen und Hausbesitzern ausgearbeitet. Offiziell sollte damit jede weitere Besetzung verhindert werden, was dann von der CDU-Regierung ab Mai 81 auch durchgesetzt wurde. Das Hauptziel dieses Konzepts lag in der Spaltung der Bewegung. D.H.:

1. Jede Verbindung zwischen den Besetzern und den Massen von Mietern und Wohnungslosen zu verhindern

2. Verhandler gegen Nichtverhandler zu stellen, usw.

Die Entscheidung ob Räumung, Scheinverhandlung oder Verhandlung mit Vertragsabschluss nach den Richtlinien der "Berliner Linie" liefen meistens unter folgenden Gesichtspunkten:

Soziale Durchmischung der Bewohner des Hauses, soziales Umfeld, weitere Verwertbarkeit des Hauses fürs Kapital, Bedeutung des Hauses für die Bewegung, psychologischer Effekt zur Einschüchterung und Spaltung. So wurde dann auch bei jedem Verhandlungsgespräch oder Vertragsentwurf, egal ob von Wohnungsbaugesellschaften, Senat oder Besetzerseite, immer wieder betont, es handle sich um ein Lösungskonzept für ein oder höchstens ein paar Häuser, es könne nicht verallgemeinert werden und es müsse für jedes Haus ein ganz individuelles Konzept erarbeitet werden. So schlug die Strategie zur Spaltung, Integration und Zerschlagung der Bewegung voll ein. Die Verhandler hatten also keine gemeinsame Grundlage mehr, auf der sie ihre Stärke hätten erhalten und entwickeln können, sondern schlugen sich meist einzeln mit ihren Lösungsvorschlägen rum.

Weitere wichtige Instrumente zur Spaltung und Integration waren vorallem die neugegründeten Trägervereine wie S.H.I.K., Stattdau, die evangelische Kirche, die Paten und die IBA, die alle als Vermittler zwischen Besetzern, Senat und Wohnungsbaugesellschaften auftraten. Ihre Aufgabe war es, die Auseinandersetzungen vor, während und nach Räumungen für Politiker und Bullen berechenbarer zu machen. Die Paten z.B. sollten in den Häusern, in denen sie sich engagierten hatten, für die Gewaltfreiheit der Besetzer bei der Räumung garantieren, während die alternativen Trägervereine und die evangelische Kirche die Verhandler endgültig auf den Weg der Legalität zurückführen sollten. Kein Wunder, dass bei solch wichtigen Aufgaben nur sehr kompetente Leute vom Senat als Vermittler akzeptiert wurden. Nur ein Beispiel von vielen, die man aufzählen könnte:

Reiner Papenfuss, von Beruf Rechtsanwalt und SPD Mitglied, in den 70ern war er lange Zeit Geschäftsführer der SPD Abgeordnetenhausfraktion und genau in der Zeit von Januar bis Juni 81, als hier auf den Strassen die Barrikaden brannten, war er Chef der Senatskanzlei, die Stelle im Rathaus, die für die Verbindung zwischen Alliierten, Bullen und Geheimdienst auf politischer Ebene verantwortlich ist. Und genau dieser Reiner Papenfuss war bis zum 18.7.83 der Beauftragte der evangelischen Kirche für Hausbesetzerfragen, also einer, der für die Legalisierung der Häuser vermittelt hat. Aber, wie gesagt, nicht nur die Evangelische Kirche hat hier in ihrer Funktion als Instrument zur Aufstandsbekämpfung einen sogenannten "Modellcharakter". Ganz Westberlin war während der Häuserkämpfe ein einziges Manövergebiet und Versuchsgelände für Bullen und Militärs aus der ganzen Welt. Hier wurde probiert, taktiert und studiert, wie sie in Zukunft gedenken mit sozialen Revolten fertig zu werden.

Dass die Bewegung so schnell in die Defensive gedrängt wurde, liegt jedoch nicht nur an der Wirksamkeit der staatlichen Gegenstrategien und dem Opportunistischen Verhalten eines Teils der Besetzer, sondern vor allem auch in der Unfähigkeit des militanten Teils den Kampf auszuweiten. Weder überlegten sie an einer Verbreiterung des Kampfes nach aussen, noch konnten sie der von oben diktierten Spaltung innerhalb der Bewegung etwas entgegensetzen. Eine Spaltung war vorherzusehen und auch unausweichlich, doch wurden die Fronten entlang der sie verlief, in keinsten Weise politisch und konstruktiv vorangetrieben. Ein grosser Teil der Militanten glaubte allein mit der Gewalt auf der Strasse, mit der Bedrohung von ein paar 100 000 Sachschaden nach jeder Räumung, die Häuser halten zu können. Obwohl klar war, dass eine Spaltung bevorstand und die Macht auf der Strasse eine begrenzte Sache war, fiel den Radikalen nicht viel mehr ein, als auf der Forderung nach Freilassung der Gefangenen zu beharren. In der wichtigsten Phase für die Besetzungen, also im Frühling 81, konzentrierten die Militanten ihre ganze Kraft auf die Unterstützung des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und anderer Gefangenen. Und überliessen von da an den Alternativen die Ausarbeitung neuer Ideen zum Häuserkampf und die ganze Öffentlichkeits- und Propagandaarbeit.

Wir kritisieren hier nicht die Unterstützung zum Hungerstreik selbst, es fehlte aber gleichzeitig die politische Auseinandersetzung über den Kampf um Wohnraum, über den Kampf eines Teils der Klasse, der angefangen hat, sich das wieder anzueignen, was ihm sowieso gehört.

Da also eine revolutionäre Perspektive und weitertreibende Kampfvorschläge zum Häuserkampf fehlten, gaben viele Leute auf, die noch zwischen den Fronten standen, die sich aber anfangs viel mehr an den Militanten als an den Alternativen orientiert hatten. Der grösste Teil der Militanten sah die besetzten Häuser mit der Zeit nur noch als eine Art Ausgangsbasis für den Kampf für "höhere Ziele", die sich vor allem in solchen Parolen wie "Zerschlagt das Schweinesystem", "Zerschlagt die NATO" und "Kampf dem US-Imperialismus" ausdrückten. Wir gehen weiter unten noch genauer auf die Entwicklung des militanten Teils ein und wieso wir glauben, dass es so gelaufen ist, jetzt aber erst noch

DAS TRAURIGE ENDE DER GESCHICHTE

Auf der einen Seite unterschrieben immer mehr Häuser Verträge, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, sich zu retten, während der Rest geräumt wurde, ein Teil trotz laufender Verhandlungen. Die Kraft der Militanten verbrauchte sich, mit der Zeit liess sich niemand mehr für die jeweilige Demo nach einer Räumung mobilisieren, die Bullen trafen auch bei Räumungen auf fast keinen Widerstand mehr. So wurde ein Bezirk nach dem anderen aufgeräumt, bis die ganze Szene auf Kreuzberg zurückgedrängt war. Hier wurden die Häuser später natürlich auch gefäumt, aber es gab vergleichsweise zu anderen Gebieten die meisten Legalisierungen.

Und wie siehts heute aus:

Ca. 60 Häuser haben Verträge gekriegt und die letzten 10 versuchen verzweifelt noch welche zu bekommen. In den legalisierten Häusern haben die Leute beschissene Verträge unterschrieben, nach denen sie fast oder genausoviel Miete zahlen müssen, wie in normalen Altbauwohnungen, d.h. ein paar tausend Mark im Monat. Die hohen Mieten und die Tatsache, dass einige Bewohner für ihre monatliche Zahlung verantwortlich gemacht wurden, sind ein Grund für die Streitereien in den Häusern.

Die Mieten sind jedoch nicht das einzige Problem. Mit den Pachtverträgen verpflichteten sich die Leute unter Aufsicht von alternativen Sanierungsträgern wie z.B. Stättbau oder Architektenkollektiven die Häuser ordnungsgemäss instandzusetzen.

Der Senat verfolgte mit der Legalisierung folgende Ziele:

1. Es sollten Vorzeigeobjekte geschaffen werden, die die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems beweisen, und deren Modellcharakter sich hervorragend für Studien der Sozial- und Städteplaner eignet
2. Sind jetzt Leute mit der Renovierung ihrer Häuser beschäftigt, die in Besetzerzeiten nie daran gedacht hätten soviel Zeit und Gedanken an der Instandsetzung des Hauses unter Aufsicht der Sanierungsträger zu verschwenden. "Stättbau" selbst versteht sich unter anderem als "Institut zur Arbeitsbeschaffung"
3. Spart der Senat mit dieser Art der Modernisierung einen Haufen Geld, weil die Alternativbetriebe, an die Grossteils die Bauarbeiten vergeben wurden, und die Bewohner der Häuser zu niedrigeren Löhnen arbeiten. Der Senat hatte also nur die Material- und Lohnkosten zu tragen. Die Profite der Bau-gesellschaften, die normalerweise bei Modernisierungsdurchführungen eingestrichen worden wären, fielen flach.

So wurden in der Legalisierung der Häuser letztendlich nur die Form des Zusammenlebens, mit vielen in einem Haus zu leben, erkämpft.

Der Rest der Häuser wurde geräumt, dann abgerissen oder inzwischen saniert und jetzt teuer vermietet oder steht jetzt noch leer. Der grösste Teil der ehemaligen Besetzer wohnt wieder vereinzelt oder in WGs in Mietwohnungen. Probleme wie die Miete aufbringen oder das Essen ranschaffen sind wieder Privatsache. Die meisten grossen Gruppenzusammenhänge haben sich aufgelöst.

AUS DEN KÄMPFEN LERNEN

Angesichts der heutigen Situation müssen wir uns fragen, wie es möglich war, dass sich die revolutionäre Kraft einer Bewegung von ein paar tausend Leuten so schnell verbrauchen konnte, wieso der Häuserkampf als Angriff auf die Besitzenden, als Aneignung von Wohn- und Lebensraum so schnell vorbei war. Es geht uns hier nicht darum, die staatliche Gegenstrategie zu analysieren oder die Rolle der alternativen Sozialstrategen zu klären, (was auch noch nötig ist), sondern wir wollen hier versuchen herauszuarbeiten, wieso der militante Teil der Bewegung, der sich klar gegen die Besitzer und die Integrationsstrategen gestellt hatte, nicht in der Lage war, den Kampf für Wohnraum zu verbreitern und als Klassenkampf zu begreifen.

Einer der wichtigsten Gründe ist, dass die meisten Leute erst durch die Bewegung aus ihren vereinzeltten Bedingungen rausgekommen sind, viele hatten sich zwar gegen die perversen Lebensbedingungen aufgelehnt und sich so gut wie möglich der kapitalistischen Maschinerie entzogen, aber nur sehr wenige hatten die Erfahrung vom kollektiven Kampf. Was uns verband waren die Erfahrungen, die wir in Schule und Arbeit gemacht hatten, der Hass auf die Bonzen, der Kampf auf der Strasse, das Bedürfnis, mit anderen zu leben und für Befreiung zu kämpfen. Was uns vorallem fehlte, war Erfahrung, Geschichtsbewusstsein, Klassenbewusstsein.

Es gab zwar einige schon länger existierende Gruppen, aber von diesen hatte keine eine Ausrichtung auf den Aufbau einer revolutionären Gegenmacht. Die einen orientierten sich vorallem an den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und am Guerillakampf hier. Sie vertraten eine antiimperialistische Politik, die nicht von den Klassengegensätzen hier ausgeht.

Die anderen bauten auf der Bewegung den Mythos vom autonomen Kämpfer auf, was durch die Medien noch gefördert wurde. Ihre politische Position war: "Wir kämpfen für uns und führen keine Stellvertreterkämpfe. Wir kämpfen nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben. Die Macht ist schlecht, also wollen wir auch keine Gegenmacht aufbauen." (aus dem Thesenpapier der Autonomen 81)

Was auf jeden Fall richtig und wichtig war an der Bewegung, war das Ausgehen von den eigenen Bedürfnisse. Die Geschichte hat gezeigt, dass irgendwelche "Stellvertreterkämpfe" nie die Durchschlagskraft haben wie Revolten, die aus der eigenen Lage heraus entstehen. Das war auch überhaupt der Grund warum sich tausende an dem Aufstand beteiligten. Der Fehler war, seine eigenen Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen und die Unterschiede und Gegensätze zum Grossteil der Klasse hervorzuheben, anstatt sich an den Gemeinsamkeiten und den vereinheitlichenden Forderungen zu orientieren.

Viele Leute lehnten zwar diese Positionen der oben genannten Gruppen ab, waren aber wegen mangelnder politischer Klarheit und Erfahrung nicht in der Lage, ihnen etwas entgegenzusetzen. Dies gilt auch für unsere Gruppe. Es kam zu keiner längerfristigen Auseinandersetzung über Bedeutung und die Perspektiven der Besetzungen eine revolutionäre proletarische Bewegung, weder in den Besetzerräten noch auf den Autonomenplenen, weil die verschiedenen Gruppen sich gegenseitig ablehnten und weil die meisten gar nicht die Notwendigkeit dafür sahen.

Die Erfahrungen früherer berliner Häuserkämpfe oder in anderen Städten wie z.B. Frankfurt 74 oder in Italien wurden nie aufgearbeitet und diskutiert. Auch bei den Kämpfen in Amsterdam ging es fast nur um die spektakulären Räumungen und Strassenschlachten.

In der Anfangsphase der Besetzungswelle gab es einige wichtige Ansätze zur Verbreiterung des Häuserkampfes auf andere Teile der Bevölkerung. So besetzte eine Mietergruppe aus dem Block I45 im November 80 die Häuser in der Forsterstrasse I6 und I7 und setzte die Wiedervermietung an türkische Familien durch. In der Kottbusserstrasse wurde im Februar 81 ein Haus zusammen mit einigen türkischen Frauen mit Kindern besetzt. Ferner gab es eine Mietboykottgruppe,

die sich jedoch nur einige Male traf. Diese Erfahrungen wurde jedoch von den meisten fast nicht beachtet. Stattdessen befassten sie sich nur mit dem eigenen Haus und der Szene, genossen eine zeitlang das aufregende Leben, fühlten sich gegenüber der restlichen Bevölkerung als die ganz Besonderen und sahen die anderen als die dummen Bürger, die noch immer nichts verstanden haben. Überlegungen der Autonomen, den Kampf auszuweiten, endeten oft in einer Art "Öffentlichkeitsarbeit", die sich nur wenig von der der Alternativen unterschied und die meist zum Ziel hatte, bevorstehende Räumungen zu verhindern. Der Begriff der "Öffentlichkeit" wurde nicht vom Klassenstandpunkt aus bestimmt, es ging allein darum, möglichst viele Leute für seine eigenen Interessen zu mobilisieren. Die Wohnsituation eines Grossteils der proletarischen Mieter wurde weder erkannt noch thematisiert. Die Militanten interessierten sich für die hohen Mieten in den Sozialwohnungen genauso wenig wie für die täglichen Zwangsräumungen, wunderten sich aber gleichzeitig, dass sich die vielen Unzufriedenen nicht am Häuserkampf beteiligten. Das Ghetto, in das wir gedrängt wurden, wird von uns akzeptiert, man begreift sich als Randgruppe und damit fällt auch jede revolutionäre Perspektive, die die ganze Klasse umfasst, weg, es gibt nur noch Widerstand in Form von Sabotage und kurze Revolten. Es fehlt das Bewusstsein, dass wir nur als Mehrheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten, als Klasse siegen können, dass Zerschlagung des Kapitalismus vor allem Organisation und Kampf der ganzen Klasse heisst *****

WOHNUNGSKAMPF IST KLASSENKAMPF

Eine umfassende Einschätzung über die Möglichkeiten jetzt einen breiteren Wohnungskampf zu organisieren, können wir hier nicht geben, dazu sind wir

- I. keine relevante Gruppe, die die Kraft hätte, Siege zu erringen und
- II. wissen wir zu wenig über die Situation der Leute und ihre eigene Einschätzung dazu.

Wir finden es jedoch wichtig zu sagen, was es zur Zeit an konkreten Ansätzen im Kampf um Wohnraum und gegen die Mieterhöhungen gibt:

- schon immer wurden Wohnungen von Einzelnen besetzt. Die Leute versuchen dann entweder im Stillen, so lange es geht in den Wohnungen zu bleiben oder sie fordern vom Eigentümer Mietverträge.
- in vielen Altbauhäusern haben sich die Bewohner hausintern organisiert und zahlen zum Teil schon seit Jahren keine Mieterhöhungen mehr.
- in der letzten Zeit wird wieder versucht, leerstehende Häuser und Wohnungen nach altem Stil zu besetzen (Transparente raushängen, Flugblätter verteilen..)
- in einer NH Sozialwohnungssiedlung in Mariendorf kämpfen hunderte von Mietern seit 2 Jahren mit Selbstreduzierung der Miete gegen die ständigen Mieterhöhungen. Ein Teil von ihnen will einen totalen Mietboykott durchsetzen. (Dieser Mietkampf ist, soviel wir mitgekriegt haben, stark von bürgerlichen Leuten beeinflusst.)

Warum all diese wichtigen und richtigen Ansätze bis jetzt nur eine begrenzte, kleine Basis haben, liegt unter anderem daran, dass jede dieser Gruppen, ob es nun die Leute aus der Siedlung in Mariendorf oder die Besetzer in Kreuzberg sind, nur über ihre spezifische individuellen Probleme und Forderungen diskutieren und keine vereinheitlichenden Forderungen, die den Grossteil der proletarischen Mieter und Wohnungslosen betreffen, aufgestellt werden. Wir wissen selbst, dass es nicht einfach ist, vereinheitlichende Forderungen nicht nur aufzustellen, sondern auch auf ihre politische Bedeutung und Durchsetzbarkeit zu untersuchen, finden aber die Auseinandersetzung darüber besonders wichtig.

Schliesslich zielt der Angriff des Kapitals auf die Klasse auf die weitere Spaltung, Vereinzelung und Mobilität. Für uns muss die Antwort darauf Überwindung der Vereinzelung, Schaffung von dem Bewusstsein, dass Widerstand möglich ist und Stärkung der Organisationszusammenhänge heissen.

Schon längst haben die Kapitalisten die Ausbeutung und Kontrolle auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt und intensiviert. Deshalb ist es unumgänglich, dass jeder Kampf um weniger Miete und um guten Wohnraum für alle, immer auch als ein Kampf für die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und für Selbstbestimmung begriffen werden muss. Mit dem Begreifen des Wohnungskampfes als ein Teil des Klassenkampfes soll jetzt nicht auf alle konkreten Einzelforderungen verzichtet und nur noch alle Bereiche erfassende "Rundumforderungen" aufgestellt werden. Die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen, dass sich oft mit den Lohnkämpfen oder Wohnungskämpfen andere soziale Kämpfe entwickeln, seien es nun die Kämpfe für den Nulltarif, billigeres Essen oder Kämpfe von proletarischen Frauen. Um aber eine Perspektive im Wohnungskampf zu sehen, ist es wichtig, sich keine falschen Vorstellungen über unsere Situation zu machen. Die Defensive, in der die Klassenauseinandersetzungen zur Zeit sind, erfordert von jeder Gruppe, die dabei ist, Initiativen im Wohnungskampf zu entwickeln, eine längerfristige, schwierige Arbeit, die nicht auf einzelne Aktionen begrenzt bleiben darf.

Wir sagen jetzt noch um was es uns bei zukünftigen Kämpfen gehen muss. Es ist abzusehen, dass die Wohnungssituation (und nicht nur die) in den nächsten Jahren ständig verschärft wird. Der Intensivierung der Ausbeutung über die steigenden Mieten gilt es einen proletarischen Mietkampf entgegenzusetzen. Ein erster Ansatzpunkt dabei ist die organisierte Verweigerung der höheren Mietzahlung. Inwieweit die Thematisierung und Propagierung eines einheitlichen Mietpreises von z.B. "Eine Mark pro qm zahlen wir und mehr nicht", Chancen hat, sich zu verbreitern und von der Klasse überhaupt als Forderung getragen werden kann, können wir noch nicht einschätzen. Wir denken, dass eine Diskussion darüber ansteht. Es wird auf jeden Fall abhängig sein von laufenden Kämpfen und deren Entwicklung.

Einhergehend mit den Mieterhöhungen gibt es immer mehr Zwangsräumungen. Da wir wissen was es heisst, auf der Strasse zu sitzen, müssen wir versuchen Zwangsräumungen in Zukunft zu verhindern.

Angesichts der Tatsache, dass immer noch tausende von Wohnungen leerstehen, und zwar nicht nur im Altbau, zur Zeit stehen mindestens 15 000 Sozialwohnungen leer, und der Tatsache, dass massig Leute keine oder ne Miese Wohnung haben, ist die Aneignung von Wohnraum immer noch ein geeignetes Mittel, sich ne Wohnung zu beschaffen.

KEINE RÄUMUNG VON BESETZTEN WOHNUNGEN UND HÄUSERN

KEINE ZWANGSRÄUMUNG VON PROLETARISCHEN MIETERN

GUTE WOHNUNGEN FÜR ALLE

Wir denken, dass es noch mehr Ansatzpunkte gibt, doch versprechen wir uns wenig von einer Aufzählung von Forderungen, hinter denen nicht viel Praxis steckt. In der jetzigen Situation ist es uns erstmal wichtig genauer herauszufinden, wie die Wohnsituation der Leute ist, wie sie sich dagegen wehren, wieweit sie bereit sind sich zu organisieren und für ihre Bedürfnisse zu kämpfen. Erst mit der Beantwortung dieser Fragen haben wir eine Grundlage, von der aus wir bestimmen können, an welchen Kristallisationspunkten wir intervenieren müssen. Wir meinen, dass die Diskussionen in diese Richtung geführt werden müssen, um den Angriff auf unsere Wohnungen und Häuser erwidern zu können.

Für eine kommunistische Bewegung

Berlin im Juni 84

Instandbesetzungen: Was bisher geschah

● Februar 1979

Erste Instandbesetzungen in Berlin unterstützt von der BI SO 36 in Kreuzberg.

● Dezember 1980

Nach Senatsangaben sind rund 100 Wohnungen in 20 Gebäuden überwiegend in Kreuzberg besetzt.

● 12.12.80

Räumung des besetzten Hauses Fraenkelufer 48 durch die Polizei löst die sog. Dezember-Krawalle aus; zugleich der Beginn der Besetzer-Welle.

● 15.12.80

Der Ermittlungsausschuß bildet sich zur Untersuchung von polizeilichen Übergriffen auf Hausbesetzer und zur Vorbereitung von Prozessen.

● 20.12.80

Friedliche Großdemonstration in der Innenstadt gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats mit über 100.000 Menschen.

● 15.1.81

Die durch den Garski-Skandal und die Instandbesetzungen hervorgerufene Senatskrise erreicht ihren Höhepunkt. Der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) und der gesamte Senat treten zurück. AL und DCU melden wenig später Volksbegehren für Neuwahlen an.

● 23.1.81

Unter dem Regierenden Bürgermeister Hans-Joachim Vogel (SPD) wird ein neuer Senat ins Amt eingesetzt.

Im Umgang mit Hausbesetzungen wird in der Folgezeit die Berliner Linie kreiert, nach der nur dann strafprozessual gegen Hausbesetzer vorgegangen wird, wenn erkennbare Straftatbestände außerhalb des Hausfriedensbruchs vorliegen. Die Berliner Linie bestimmt sich dadurch, daß ein besetztes Haus erst dann geräumt werden kann, wenn: Sanierungs-, Modernisierungs- oder Abrißgenehmigung vorliegen; ein Antrag des Eigentümers auf Räumung besteht; die sofortige Weiterverwendung des Gebäudes sichergestellt ist.

● 24.1.81

Ein Fabrikgebäudekomplex in der Anhalter Straße 7 in Kreuzberg wird besetzt und als Kreuzberger Kunst- und Kulturzentrum Kukuck zum kulturellen Treffpunkt der Hausbesetzer.

● 29.1.81

Der erste Prozeß gegen einen Beteiligten der Dezember-Krawalle geht mit der Verhängung einer Haftstrafe von vierzehn Monaten ohne Bewährung aus. Dem harten Urteil folgen erneute Auseinandersetzungen mit „dezentralen Aktionen“.

● Ende Januar

Erstmals droht die Staatsanwaltschaft aufgrund des § 129, „Bildung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“, gegen Hausbesetzer und Unterstützer vorzugehen.

● 3.2.81

Der Senat verabschiedet ein „20 Millionen Soforthilfeprogramm“ als „differenziertes Konzept zur Überwindung der Mißstände“ im Wohnungsbau.

● 7.2.81

Immer mehr Verhaftungen von Hausbesetzerdemonstranten bzw. erstinstanzliche Urteile setzen eine breit angelegte Amnestiediskussion in Gang. Zur Unterstützung der Forderung nach Straffreiheit findet eine Großdemonstration mit Abschlußkundgebung vor dem Rathaus Schöneberg statt.

● 27.2.81

Besetzung des hundertsten Hauses.

● 3.4.81

Nach etlichen Freisprüchen und Bewährungsurteilen wird ein Hausbesetzerdemonstrant aufgrund seines „Strafregisters“ zu zweieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt.

● 11.4.81

Über 20.000 Menschen demonstrieren für eine „Wende in der Wohnungspolitik“.

● 12.4.81

Aufgrund eines Gerüchts, der am Hungerstreik der politischen Gefangenen beteiligte Sigurd Debus sei gestorben, findet eine Spontandemonstration am Ku-damm statt. Infolge des Scherbenengerichtes verstärkt die Polizei ihre Präsenz im City-Bereich.

● 10.5.81

Neuwahlen in Berlin. Die CDU gewinnt mit 48 Prozent. Neu ins Berliner Abgeordnetenhaus zieht mit 7,2 % und 9 Abgeordneten die Alternative Liste ein. Bei den gleichzeitigen Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen erreicht die AL in einigen Bezirken über 10 % (in Kreuzberg stellt sie bei über 15 % mit dem Sanierungsbetroffenenvertreter Werner Orlowsky den Baustadtrat).

● 11.6.81

Amtsantritt des neuen CDU-Minderheitssenats unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker mit Duldung der FDP-Fraktion. Kurz nach ihrem Amtsantritt beteuert die CDU-Regierung, sie wolle die unter Vogel eingeleitete Berliner Linie gegenüber Hausbesetzungen fortsetzen. Tatsächlich fährt die CDU bereits in den ersten Amtswochen einen rigiden Räumungskurs.

● 26.6.81

Parallel zur Debatte um das von der AL im Abgeordnetenhaus eingebrachte Amnestiegesetz rufen 50 Organisationen zu einer Großdemonstration für eine „wirkliche Wende in der Wohnungspolitik“ auf. Als einige Demonstranten die rund um das Rathaus Schöneberg errichtete Bannmeile durchbrechen, entwickeln sich die schwersten Straßenschlachten seit dem 12.12.1980.

● Mitte Juni

Immer mehr besetzte Häuser kooperieren mit Initiativgruppen und Organisationen im Stadtteil. Kirchen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Parteien, freie Träger und Einzelpersonen übernehmen Patenschaften für besetzte Häuser. Besetzereltern schließen sich in einer Elterninitiative zusammen.

● Mitte Juli bis Mitte Oktober

Prominente ziehen für einige Wochen in akut räumungsbedrohte Häuser.

● Ende Juli

Alternative Liste und Verein SO 36 fordern einen Räumungsstopp bis September. Die Neue Heimat bietet in einem Brief an alle 26 NH-Häuser die „gemeinsame Suche nach friedlichen Lösungen“ an. Das Unternehmen offeriert „Ersatzwohnraum“ in bereits besetzten Häusern.

● Anfang August

Bausenator Rastemborski erklärt, daß „Luxusmodernisierungen nach § 17“ in Zukunft nicht mehr gefördert werden. Gleichzeitig kündigt er die Räumung von zehn besetzten Häusern an. Sechs für den Abriß vorgesehene Häuser sollen den Besetzern zur „Zwischennutzung“ angeboten werden. Die Paten fordern den Senat auf, anstelle vom Räumungen zusammen mit den Besetzern ein „Gesamtkonzept“ zu erarbeiten.

● 11.8.81

Anlaßlich des Ablaufs des dreiwöchigen Räumungsultimatums für die Besetzer der NH-Häuser Knobelsdorffstraße 40-42 und Bülowstraße 89 demonstrierten 8.000 Menschen. ▶

● 25.8.81

Als Reaktion auf die angedrohten Räumungen läuft das vierwöchige Tuwat-Spektakel an. Der Tuwat-Aufruf wurde wegen der „Aufforderung zu Straftaten“ beschlagnahmt; nach der Durchsuchung des Tuwat-Büros verschwanden drei Tuwat-Organisatoren, denen (zu Unrecht) Straftaten vorgeworfen wurden, in der Illegalität.

● 6.9.81

Zur Tuwat-Demonstration erscheinen 50 von 5.000 Teilnehmern „totalentmummt“.

● 13.9.81

Nach Angaben der Demonstrationsleitung protestierten 80.000 Menschen friedlich gegen den Besuch von US-Außenminister Alexander Haig. Im Anschluß kommt es vor der Bannmeile am Rathaus Schöneberg zu schweren Auseinandersetzungen. Bei der Schlacht um den Winterfeldtplatz werden 250 Personen verletzt und 33 festgenommen. 178 Personen wurden bereits vor der Demonstration nach § 18 ASOG in „Vorbeugehaft“ genommen.

● Mitte September

Zeitungsberichte in der Springer-Presse bereiten ein „Räumungsklima“ vor. Dem CDU-Senat wird „Strafvereitelung“ vorgeworfen.

● 16.9.81

Innensenator Heinrich Lummer stellt den besetzten Häusern Winterfeldtstraße 20, 22, 24, Dieffenbachstraße 10, Knobelsdorffstraße 40-42, Bülowstraße 89 und Hermsdorfer Straße 4 ein Ultimatum: Verlassen der Häuser bis zum Wochenende. Die Springer-Presse setzt mit massiver Hetze nach: „Besetzte Häuser wie Festungen“. Bei einer Meinungsumfrage der BZ sprechen sich „90,5 %“ der Berliner für Räumungen aus. Paten und Unterstützer kündigen ihren Einzug in die räumungsbedrohten Häuser an. Ein AL-Antrag auf Sondersitzung des Abgeordnetenhaus wird abgelehnt.

● 19.9.81

Friedliche Demonstration mit 12.000 Teilnehmern gegen die Räumungen.

● 21.9.81

Bei einer Außerordentlichen Landesvorstandssitzung spricht sich der DGB Berlin für die Räumungen aus.

● 22.9.81

In einer Großaktion der Polizei werden acht besetzte Häuser geräumt, davon sechs im Eigentum der NH. Der 18jährige Demonstrant Klaus-Jürgen Rattay kommt im Verlauf einer Straßenräumung unter die Räder eines BVG-Busses an der Potsdamer Straße und wird getötet. Im Anschluß an einen Schweigemarsch in den Abendstunden mit 10.000 Menschen kommt es nach der Räumung der Unfallstelle zu schweren Auseinandersetzungen, die bis in die frühen Morgenstunden andauern.

● Nach dem 22.9.

Wut, Empörung und Trauer über die Räumungen und den Todesfall kommen in unzähligen Erklärungen zum Ausdruck. Eine Gruppe Jugendlicher errichtet an Rattays Todesstelle ein Mahnmahl mit Kreuz und Blumen und hält sich ständig dort auf.

● 24.9.81

Mißtrauensanträge der AL gegen Innensenator Lummer und Bausenator Rastemborski im Abgeordnetenhaus werden abgelehnt. Die SPD hält sich trotz zuvor angekündigter Unterstützung der Mißtrauensanträge zurück. Auf ihr Betreiben setzt der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker einen Gesprächskreis zur Wiederherstellung des inneren Friedens ein, zu dem „Vertreter aller gesellschaftlich-relevanten Gruppen“ eingeladen werden.

● 26.9.81

Der Gesprächskreis kommt zur ersten Runde zusammen. Alternative Liste, Vermittler, Paten und Landesjugendring nehmen nicht teil.

● 29.9.81

Rastemborski kündigt neue „Ersatzangebote“ für Besetzer an. Gleichzeitig wird durch eine Zeitungsveröffentlichung bekannt, der Senat plane für den 10. Oktober 14 weitere Räumungen.

● Anfang Oktober

„Neubesetzungen“ werden nicht mehr geduldet. Auf etliche Versuche wird mit der Räumung innerhalb der nächsten 24 Stunden reagiert. Mit einer Ausnahme: Die Teilbesetzung der Bredowstraße 4 in Moabit gelingt.

● 6.10.81

Mieter- und Jugendorganisationen, Besetzer und Paten bilden den Gegengesprächskreis „Wege zum sozialen Zusammenleben“. Die Gruppen fordern ein „Räumungsmoratorium“.

● 7.10.81

Mit den Stimmen von SPD und AL beschließt die Kreuzberger BVV den Aufschub weiterer Räumungen im Bezirk. Dieser Beschluß markiert den ersten Schritt zum Kreuzberger Modell.

● 8.10.81

Bei einer Großveranstaltung im Tempodrom auf Einladung des Landesjugendrings werden 3.000 Besuchern in Vorträgen und Dias die Renovierungsarbeiten in besetzten Häusern vorgeführt.

● 16.10.81

Der Weddinger Besetzerrat präsentiert die „alternativen Nutzungskonzepte“ der besetzten Häuser im Wedding.

● 19.10.81

Lummer kündigt weitere Räumungen in „absehbarer Zeit“ an.

● 22.10.81

Es wird bekannt, daß die Planungsakten von mindestens 27 besetzten Häusern von der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) forciert bearbeitet werden, um im Eilverfahren die finanztechnischen Voraussetzungen zur Räumung zu schaffen. Andererseits wirft die Berliner Morgenpost der WBK vor, sie mache mit einem Abgehen von „Pauschalbewilligungen“ weitere Räumungen unmöglich. Die WBK weist die entgegengesetzten Beschuldigungen zurück.

● 30.10.81

Alle besetzten Häuser starten ihre „Große Winterfestmachungs“-Aktion.

● 3.11.81

Letztes Räumungsultimatum der NH an die Besetzer der Christstraße 42. Dieses Haus soll entgegen anderslautenden Senatsäußerungen noch nach § 17 luxusmodernisiert werden (es ist allerdings, wohl auch aufgrund des massiven öffentlichen Drucks, bis heute nicht geräumt). Der Polizist Jürgen Müller übernimmt eine Patenschaft für die Christstraße 42 und wird unverzüglich vom Dienst suspendiert.

● 9.11.81

„Räumungsmoratorium“ der GSW, Gewobag, GSG und Gewobau für 26 besetzte Häuser in Kreuzberg bis Ostern 1982. Die NH erklärt, vor Weihnachten erfolgten keine weiteren Räumungen von Häusern in ihrem Eigentum.

● 15.11.

Unter der Bedingung eines Räumungsstopps fordert der Schöneberger Besetzerrat, der 29 Häuser im Bezirk vertritt, den Senat zu Verhandlungen auf. Die Resonanz auf diese Offerte ist gleich null.

Die Kreuzberger Privateigentümer schließen sich dem „Räumungsmoratorium“ bis Ostern '82 an.

● 25.11.81

Auch die Schöneberger BVV beschließt einen sechsmonatigen Räumungsstop für den Bezirk.

● 2.12.81
Räumung der Kleinaustraße 10 in Zehlendorf.

● 4.12.81

Das Ermittlungsverfahren über die Hintergründe des Todes von Klaus-Jürgen Rattay wird zum ersten Mal eingestellt. Auf dem Totenschein bezeichnete ein Polizeibeamter Rattay als „berufsmäßigen Chaoten“.

● 9.12.81

Es wird bekannt, daß gegen die Besetzer des Herrenhuter Weges in Neukölln zum ersten Mal Anklage wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ erhoben werden soll. Bei einer polizeilichen Durchsuchung hatten sie sich verbarrikadiert.

● 19.1.82

Eine Unabhängige Untersuchungskommission macht den ersten öffentlichen Versuch, die Ereignisse, Zusammenhänge und Hintergründe des 22. September 81 aufzuarbeiten.

● 22.1.81

Beginn der Wohnungspolitischen Tage der Berliner Mietervereine, des Evangelischen Bildungswerks und des Netzwerks.

● 26.1.82

Senat beschließt den „Gesetzentwurf zum Weißen Kreis“. Mit großem Erfolg läuft in der Stadt das „Bürgerbegehren zur Beibehaltung der Mietpreisbindung“.

● 7.2.82

Die Enquete-Kommission Jugendprotest im Demokratischen Staat informiert sich im Besetzercafé Kob über die Forderungen der Berliner Instandbesetzer.

● Frühjahr 82

Die Diskussion zwischen Verhandlungswilligen und Nichtverhandlern innerhalb der Berliner Besetzerbewegung spitzt sich zu. Verschiedene Legalisierungsmodelle für einzelne Häuser unter Trägerschaft des SPI, der Evangelischen Kirche oder des von Netzwerk gegründeten Netzbau-Trägers zeichnen sich ab.

● 22.2.82

Das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht verurteilt einen 16jährigen wegen „schweren Landfriedensbruchs“ zu zwei Jahren ohne Bewährung.

● 27.2.82

Dreieinhalb Jahre ohne Bewährung wegen „versuchten Totschlags“ gegen einen 19jährigen. Das bislang härteste Urteil im Zusammenhang mit Hausbesetzungen wurde von der Jugendstrafkammer beim Landgericht verhängt.

● 28.2.82

Der sechs Wochen zuvor von Kreuzberger Hausbesetzern eingebrachte Vorschlag zur Verhinderung einer Spaltung der Bewegung in Verhandler und Nichtverhandler wird vom Gesamtbesetzerrat angenommen. Danach wird es den einzelnen Häusern freigestellt, ob sie verhandeln oder nicht. Ausgearbeitete Verträge sollen jedoch solange nicht unterzeichnet werden, wie nicht ein Räumungsstopp von mindestens einem Jahr und die Freilassung der Gefangenen garantiert werden.

Gleichzeitig veröffentlicht der Gegengesprächskreis eine Rechnung über 121 Mio. Mark, für die eine angenommene Zahl von 150 besetzten Häusern vom Senat erworben und durch die Besetzer renoviert werden könnten.

● 4.3.82

Netzwerk verhandelt im Auftrag von fünf Schöneberger Häusern mit dem Senat über Erbpachtverträge.

● Anfang März

Frühjahrsdurchsuchungswelle

● 18.3.82

Die Schulstraße 3 in Wannsee wird geräumt und abgerissen. Im Anschluß Randalé.

● 20.3.82

Frühlingserwachen: Demonstration mit 5.000 Teilnehmern.

● 25.3.82

Der Sonderausschuß der BVV Kreuzberg (konstituiert am 12.10. '81) legt im Abgeordnetenhaus seinen Abschlußbericht vor. Aufgrund der positiven Auswirkungen des „Räumungsmoratoriums“ wird ein neuerlicher Zeitaufschlag gefordert.

● 30.3.82

Überraschend bietet die größte senatseigene Wohnungsbaugesellschaft GSW den Besetzern ihrer Kreuzberger Häuser zwischen Kottbusser Tor und Fraenkelufer die „bedingungslose Schenkung“ an.

● 19.4.82

Das seit zwei Wochen von Kindern besetztgehaltene Haus Signaringer Straße 31 in Wilmersdorf wird geräumt und abgerissen.

● 22.4.82

Wohnungspolitischer Kongreß des DGB Berlin. Der DGB wird zwischen 15 besetzten Neue Heimat-Häusern und der Wohnungsbaugesellschaft vermittelt. Damit reagiert der Landesvorsitzende Michael Pagels auf ein Verhandlungsangebot der Besetzer vom 2. März.

● Ende April

Das Ermittlungsverfahren Rattay wird zum zweiten Mal eingestellt.

● 24.4.82

Demonstration gegen den „Zermürbungskrieg der Staatsanwalt“ mit gut 2.000 Teilnehmern.

● 26.4.82

Räumung der Kopischstraße 5 in Kreuzberg, im Eigentum der privaten Sanierungsgesellschaft Ricci und Wichmann. Den Besetzern wird vom Senat ihre Nichtverhandler-Position vorgeworfen. Bei anschließenden Demonstrationen geht die Polizei ausgesprochen hart gegen Demonstranten vor. Alle Verhandlungstermine werden abgesagt.

● 17.5.82

Räumung Fraenkelufer 30 in Kreuzberg. 10 Besetzer werden nach § 18 ASOG zwei Tage in „Vorbeugehaft“ genommen.

● 18.5.82

Bei der Protestdemonstration anläßlich der Fraenkelufer-Räumung stehen 2.000 Demonstranten aufgrund der massiven Polizeikräfte in der City still.

● 27.5.82

Berliner und Bonner Parteienvertreter einigen sich auf eine „tragbaren Kompromiß“ zur Mietpreisbindung bis 1990. Bis dahin sind Erhöhungen der Altbaumieten um bis zu 65 % möglich. Die AL nimmt an der „Lösung der Vernunft“ nicht teil. Mit dem Berliner Mieterverein erklärt sie, das Bürgerbegehren mit seinen 230.000 Unterschriften habe lediglich „das Schlimmste verhindern“ können.

● 1.6.82

Erste Gesprächsrunde zwischen Bausenator Rastemborski und Netzbau über „Räumungsstopp“, „Moratorium“ und „Ökonomie-Modelle“.

● 11.6.82

Schwere Krawalle bei verbotener Anti-Reagan-Demonstration rund um den Nollendorfplatz. Durchwüstung der damera Straße 157/159 in den Abendstunden.

● 16.6.82

Durchsuchungen von sechs besetzten Häusern nach § 12 wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“.

● 4.7.82

Gründung des S.H.I.K. (Selbstverwaltete Häuser in Kreuzberg). An der „Kiezgenossenschaft“ im Kreuzberger S-Bereich sind die evangelischen Kirchengemeinden, der Bf SO 36 und bislang sieben besetzte Häuser beteiligt.